

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

TITEL:

Großes EU-Forschungsprojekt
BAYER will Gen-Ökonomie

WEITERE THEMEN:

- LANXESS Hauptversammlung
- „AIDS“-Skandal: Neue Dokumentation
- Wie BAYER sich arm rechnet
- BAYER macht EU-Politik

MANAGEMENTGEHÄLTER & GRATIFIKATIONEN

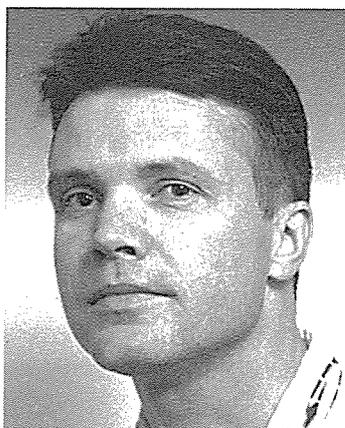


Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- | | |
|--|---|
| <p>4 BAYER macht EU-Politik
Kommission immer industrie-freundlicher</p> <p>8 BAYER will Gen-Ökonomie
Großes EU-Forschungsprojekt</p> <p>12 BAYER stoppt Gentechnik in Indien
Proteste haben Erfolg</p> <p>14 „Das ist doch Mord“
„AIDS“-Skandal: Neue Dokumente</p> <p>16 Wie BAYER sich arm rechnet
Steuer-Oase Bundesrepublik</p> <p>20 BAYER profitiert von gefährlicher Mode-Diät
Nährstoffp-Pillen fördern einseitige Ernährung</p> | <p>22 Kanada: Ministerium verwarnt BAYER
Verstöße gegen Umwelt-GESETZE</p> <p>24 Motiv: Profit
KritikerInnen protestieren mit Erfolg</p> <p>28 Protest gegen Gen-Kongress
ABIC: BAYER & Co. in der Defensive</p> <p>30 Brunnenvergifter BAYER
Südafrika: Chrom im Grundwasser</p> <p>32 Au weia BAYER</p> <p>21 Impressum</p> |
|--|---|

Liebe Leserinnen und Leser,



Erik Wesselius ist Mitarbeiter des CORPORATE EUROPE OBSERVATORY mit Sitz in Amsterdam (www.corporateeurope.org)

die Stadt Brüssel hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zur „Lobby-Hauptstadt“ Europas entwickelt. Von den dort ansässigen 15.000 LobbyistInnen vertreten rund zwei Drittel die Interessen der Konzerne. Immer wieder gelingt es ihnen, Gesetze für Umwelt- und Verbraucherschutz oder für ArbeitnehmerInnen-Rechte zu verwässern oder zu blockieren. Eine Koalition von mehr als 100 Organisationen aus ganz Europa, darunter ATTAC, GREENPEACE und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, hat daher EU-Kommissionspräsident José Barroso in einem Offenen Brief aufgefordert, den exzessiven Einfluss konzern-gesteuerter Lobbygruppen einzuschränken.

Die Chemie-Industrie ist in der Brüsseler „Lobby-Szene“ besonders stark repräsentiert. Unternehmen wie BASF, BAYER, DOW und DUPONT haben eigene Vertretungen bei der EU. BAYER ist zudem Mitglied hunderter von Lobbygruppen, darunter der „European Crop Protection Association“ (Pestizid-Lobby), „Europabio“ (Gentechnik-Lobby) und der „European Federation of Pharmaceutical Industries“. An der Spitze der Chemie-Propagandisten

steht das „European Chemical Industry Council“ - mit 140 MitarbeiterInnen eine der größten und einflussreichsten Lobby-Gruppen in Brüssel.

Momentan schießt die Chemie-Industrie aus allen Rohren gegen die Bestrebungen der EU-Kommission, mit dem REACH-Projekt Tausende von Chemikalien erstmals auf Umwelt- und Gesundheitsgefahren hin zu untersuchen. Aufgrund des Störfeuers der Konzerne, dem sich auch Bundeskanzler Schröder und BAYER-Intimus Clement angeschlossen haben, musste die EU die geplanten Gesetze jedoch erheblich abschwächen. In der Überarbeitung von REACH befinden sich zahlreiche Schlupflöcher für giftige Chemikalien - sofern sich nicht eine starke Bewegung für eine Erhöhung der Chemikalien-Sicherheit bildet, sind die Aussichten der Initiative sehr schlecht.

Dies ist nur ein aktuelles Beispiel dafür, wie es der Industrie immer wieder gelingt, den Entscheidungsprozess der EU zu manipulieren. Der Offene Brief an José Barroso betont daher, dass Europa vor einem Abdriften hin zu einer Steuerung der Politik durch die Konzerne, wie sie in den USA zu beobachten ist, bewahrt werden muss.

Immer wieder ist zu beobachten, dass EU-Kommissare oder hochrangige EU-Beamte die Seite wechseln und für Lobby-Organisationen arbeiten. Wir fordern daher mehrjährige Sperr-Fristen für ein solches Umsteigen. Darüber hinaus benötigen wir eine strikte Offenlegung der finanziellen Abhängigkeiten aller LobbyistInnen. Die EU sollte hierfür eine verbindliche Registrierung aller AntichambriererInnen einführen, wobei auf Erfahrungen in Nordamerika aufgebaut werden kann. PR-Firmen und Lobby-Gruppen, die auf EU-Institutionen einwirken, müssen verpflichtet werden, regelmäßige Berichte zu veröffentlichen, so dass Budgets, Tätigkeitsgebiete und Klienten über öffentliche Datenbanken jederzeit einsehbar sind. Nur mit Hilfe solcher Schritte ließe sich eine demokratische Kontrolle der europäischen Gesetzgebungsverfahren zurückerlangen.

Kommission immer industrie-freundlicher

BAYER macht EU-Politik



EU-Kommissionspräsident José Durão

Die neue EU-Kommission hat sich vollends dem Primat der Ökonomie verschrieben. Die Riege um den portugiesischen Präsidenten José Manuel Durão Barroso hat sich vorgenommen, die „Lissabon-Strategie“ konsequenter zu verfolgen, wonach Europa bis 2010 „die wettbewerbsfähigste wissensgestützte Wirtschaft der Welt“ werden soll. Dabei erwies sich in der Vergangenheit besonders die Umweltpolitik als störend. In Gestalt der Chemikalien-Verordnung brachte diese BAYER & Co. gehörig gegen Brüssel auf. Ihr Protest gegen das Vorhaben führte schließlich zu einer Neuausrichtung der gesamten EU-Politik.

Von Jan Pehrke

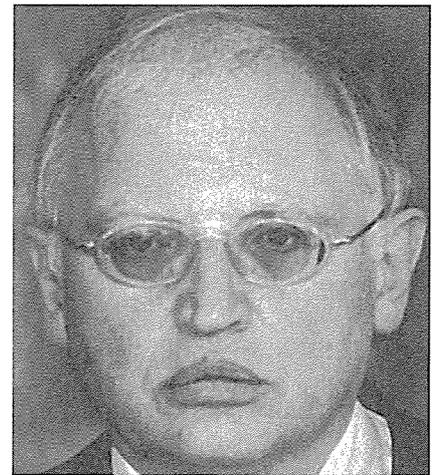
Eigentlich ist es die normalste Sache von der Welt: Wenn Unternehmen ein neues Produkt herausbringen, müssen sie gesundheitsgefährdende Wirkungen ausschließen können. Bei der Chemie stimmt

Die PolitikerInnen wollen aus Europa mit der Lissabon-Strategie bis zum Jahr 2010 „die wettbewerbsfähigste wissensgestützte Wirtschaft der Welt“ machen

das jedoch nicht. Auf dem Markt tummeln sich tausende niemals auf ihr mögliches Schadenspotenzial hin untersuchte Stoffe. Unter der Umweltkommissarin Margot Wallström nahm sich die EU endlich dieses unhaltbaren Zustandes an. Mit der Chemikalien-Verordnung wollte die Schwedin die Chemie-Firmen zu den entsprechenden Tests verpflichten. Die Konzerne stiegen auf die Barrikaden und entwarfen ein Horror-Szenario: immenser bürokratischer Aufwand, große Mehrkosten und drohende Arbeitsplatz-Verluste in Millionen-Höhe.

Auf dem kleinen Dienstweg wandte sich BAYER umgehend an Bundeskanzler Gerhard Schröder. Dieser intervenierte

sogleich beim damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi und wettete bei jeder Gelegenheit gegen „diese Dame aus Schweden“, Umweltkommissarin Margot Wallström. Die Bundesregierung brachte das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Mit Erfolg. Schröder meldete 2003 auf der Mitgliederversammlung des Europäischen Chemie-Verbandes CEFIC Vollzug und dankte dem Industriekommissar Erkki Liikanen für seine Obstruktionspolitik. „Die Kommission hat einen ersten Entwurf des neuen Zulassungsverfahrens für chemische Stoffe Anfang Mai veröffentlicht. Wenn ich das mit dem vergleiche, was ursprünglich gewollt und in Form von Büchern auf dem Tisch lag, hat sich ihre Arbeit, Herr Liikanen, gelohnt“, führte der Bundeskanzler aus und lobte den Finnen dafür, „dass industrie-politisches Denken mehr als früher Gegenstand von Kommissionsarbeit geworden ist“. Mehr als früher, aber noch lange nicht genug, befand Wolfgang Clements Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch: „Die Industrie-Politik hat in der EU kein eigenes politisches Standbein“. Eigentlich sollte die von den MinisterpräsidentInnen im März 2000 beschlossene „Lissabon-Strategie“ ihr



Super-Kommissar Verheugen

eines verschaffen. Die PolitikerInnen wollten aus Europa mit dieser Richtschnur bis zum Jahr 2010 „die wettbewerbsfähigste wissensgestützte Wirtschaft der Welt“ machen. Aber mit Chemie-Gesetzen und anderen nicht zum imperialen Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten rückt dieses Ziel in weite Ferne, urteilten die Industrie-PolitikerInnen.

Adamowitsch setzte sich flugs daran, den Abstand zu verringern. Er führte Geheim-Gespräche mit französischen und britischen RegierungsvertreterInnen und schmiedete die „Koalition der Industrie- →

lesen und lesen lassen

▶ Zwischen Informationsflut und Infotainment:

**Knappe Infos –
kritische Analysen –
best-practice-Beispiele.**

Egal, ob Sie ein Mandat haben, in der Verwaltung beschäftigt sind oder einen Verband vertreten:

Auch in der Kommunalpolitik ist bestmögliche Information unabdingbar für erfolgreiches Arbeiten.

Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen.

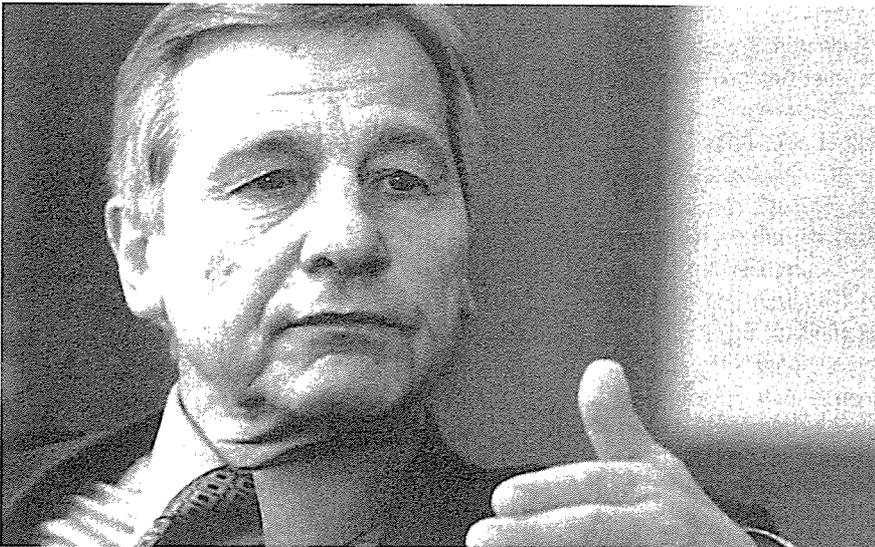
Beides vereinen wir in unserer Zeitschrift „**Alternative Kommunalpolitik**“, die in jedem Heft mit einem Schwerpunktthema aktuelle Berichte und nützliche Tips enthält.

Wenn Sie uns noch nicht kennen:
Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft.
Oder schauen Sie im Internet in's
Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:

▶ www.akp-redaktion.de

AKP

Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17
Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de
internet: www.akp-redaktion.de



BAYERs Mann in Berlin

Länder". Dabei handelt es sich um ein Übereinkommen der wirtschaftlich leistungsfähigsten EU-Staaten, die Interessen von „nationalen Champions" wie BAYER künftig noch stärker zu berücksichtigen. Unter anderem trat die Koalition dafür ein, in Zukunft jedes EU-Gesetz

Faz: „Für die wirtschaftliche Reform-Orientierung der Kommission spricht auch die Besetzung des Umwelt-Ressorts"

einer Art Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Der Brüsseler Lobby-Verband von BAYER & Co., der „European Roundtable of Industrialists" (ERT) witterte Morgenluft. BAYER-Aufsichtsrat Manfred Schneider und die anderen Mitglieder, die sich durch „Zugang zu höchsten Regierungsmitgliedern" ihr Entrée in den exklusiven Club verschafft haben, schrieben im Februar 2004 zum Frühjahrsgipfel der EU einen Brief an den Ratsvorsitzenden Bertie Ahern. Daran gaben sie ihrer „tiefen Sorge über die fortgesetzte Aushöhlung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit Ausdruck" und verlangten als Muntermacher einen EU-Kommissar, „der sich exklusiv um alle Aspekte einer zum Wachstum führenden Industrie-Strategie kümmert". Schröder schloss sich dem Begehren nach einem Super-Kommissar postwendend an. Er wusste sogar schon einen geeigneten Kandidaten für das Amt: Günther Verheugen.

All diese industrie-politischen Wünsche erfüllten sich mit der neuen Kommission. Präsident José Manuel Durão Barroso erklärte das Vorantreiben der Lissabon-Strategie zum höchsten Ziel seiner Regierungsmannschaft. Als sein Stellvertreter

bei der Koordination des Vorhabens fungiert der von Schröder auserkorene Super-Kommissar Günther Verheugen. Formell hat er zwar nicht mehr Rechte als seine Kolleginnen, weil das gegen geltende EU-Gesetze verstoßen hätte, aber es handle sich doch um eine „ganz herausgehobene Position", freute sich der Kanzler und mit ihm DGB-Chef Michael Sommer und der „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI). Bei der Anhörung durch das EU-Parlament ließ Verheugen keinen Zweifel an seiner Amtsauffassung. Die Kommission werde sämtliche Instrumente einsetzen, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie auf dem Weltmarkt mithalten können", führte er aus. Über viele dieser Instrumente ver-



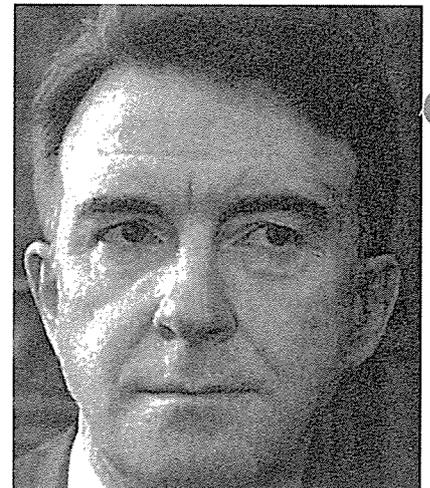
Neue Kommissare: Kroes-Smit und Peter Mandelson

fügt der Industrie-Kommissar selber. Ihm obliegt es, den Primat der Ökonomie durchzusetzen. Er kann alle Gesetzes-Entwürfe auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit hin prüfen und gegebenenfalls ein Veto einlegen. Bei der Chemikalien-Verordnung liegt es sogar komplett in seiner Hand, solche Zweifel gar nicht erst aufkommen

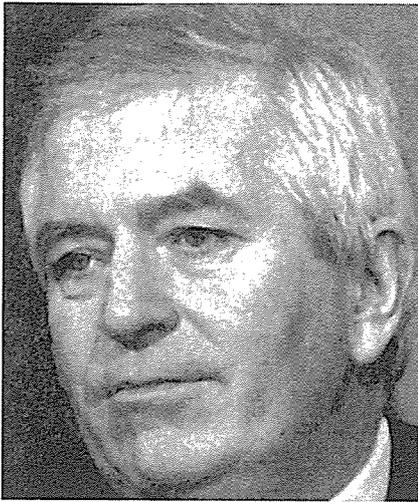
zu lassen. Verheugen - und nicht etwa der Umweltkommissar - organisiert nämlich die Umsetzung, schließlich verdankt er der Auseinandersetzung um die Regelung seinen Arbeitsplatz.

Der Umweltausschuss-Vorsitzende Karl-Heinz Florenz (CDU) dürfte Verheugens Arbeit tatkräftig unterstützen. Er entstammt BAYERs Homeland Nordrhein-Westfalen und geht beim Konzern ein und aus. Als die BAYER-Abteilung „Gouvernemental & Product Affairs" (GPA) in Straßburg zu einem „Parlamentarischen Abend" lud, machte er dem Gastgeber viel Freude und trat für eine Maximal-Lösung in Sachen „Chemie-Gesetz" ein. „Bei der weiteren Diskussion ist es mit einem bloßen Drehen an den Stellschrauben nicht getan - diese Verordnung muss komplett überarbeitet werden", ereiferte sich Florenz.

Widerstand gegen diese konzertierte Aktion ist von Seiten des Umwelt-Kommissars nicht zu erwarten. Margot Wallström wurde auf das VizepräsidentInnen-Amt weggelobt, und ihr von der *Faz* als wirtschaftsnah bezeichneter Nachfolger Stavros Dimas sieht sich ihrem chemie-kritischen Kurs nicht verpflichtet. „Für die wirtschaftliche Reform-Orientierung der Kommission spricht auch die Besetzung des Umwelt-Ressorts", urteilt die Zeitung deshalb. Für diese „Reform-Orientierung" sprechen die anderen personal-politischen Entscheidungen ebenfalls. Die Niederländerin Neelie Kroes-Smit empfahl



sich durch zwei Dutzend Aufsichtsratsmandate, BeraterInnen-Verträge und die Verwicklung in einen Umwelt-Skandal für den Job der Wettbewerbskommissarin und Peter Mandelson durch die Neoliberalisierung der Labour-Party in Tateinheit mit Tony Blair für den des Außenhandelskommissars. Dem Binnenmarkt-Kommis-



Charlie McCreevy

sar Charlie McCreevy eilt der Ruf eines „keltischen Thatchers“ voraus und der Spanier Joaquín Almunia führte sich durch sein Eintreten für weitere Sozial- und Renten-Reformen bestens in die Kommissarsrunde ein. Nur die härtesten Fälle, den katholischen Fundamentalisten Rocco Buttiglione und die ihre Karriere der Öl-Industrie verdankende und mit ihrer Partei in einen Spenden-Skandal verwickelte Lettin Ingrida Udre akzeptierte das Straßburger Parlament nicht. Die Vereinigte Linke stimmte hingegen gegen die ganze

Borroso-Kommission, weil sie noch mehr als die vorherige dem „Kult des Marktes“ erliege, die Grünen schlossen sich an.

Aber am neoliberalen Kurs Europas ändert das alles nichts. Seit einiger Zeit weisen alle Signale in diese Richtung. Der im September veröffentlichte Arbeitsmarkt-Report plädierte für eine Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte und für Privatisierungen im Dienstleistungsbereich, wofür die nach dem bisherigen Binnenmarkt-Kommissar benannte „Bolkenstein-Richtlinie“ dann die EU-weiten Rahmenbedingungen liefern will. Erwartungsgemäß empfahl auch die zur Evaluierung des bisher mit der Lissabon-Strategie Erreichten eingesetzte Kok-Kommission den Ausverkauf von Wasser- und Stromversorgung sowie Telekommunikations- und Verkehrsangeboten. Nur durch Kraft-Anstrengungen wie diese könne Europa, dem es am „richtigen Klima für Unternehmer“ fehle, die hochgesteckten Ziele noch erreichen, konstatierte die Riege um den früheren holländischen Ministerpräsidenten Wim Kok. Über ihre Vorschläge zur Neuausrichtung des Lissabon-Projekts, das die bundesdeutsche Monopol-Kommission wegen ihres aggressiven Charakters als tief in

„militärischen Denk-Tradition“ stehend geißelte, beraten die europäischen Ministerpräsidenten bei einem Treffen im März.

Wegen dieses Fundamental-Ökonomismus' macht ATTAC die EU als treibende Kraft der neoliberalen Globalisierungsmaschinerie aus. Die französische Sektion des Netzwerkes hat deshalb gemeinsam mit CORPORATE WATCH, CEO, der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und anderen Gruppen einen Offenen Brief an Kommissionspräsident Borroso geschrieben. Darin protestierten die Initiativen gegen die zunehmend industrie-freundliche Ausrichtung der EU-Politik und den wachsenden Einfluss der Lobby-Verbände von BAYER & Co. „Immer öfter setzen sich Partikular-Interessen einzelner Industrie-Zweige gegenüber dem Allgemeinwohl durch - dies ist mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbaren. So wurde auf Druck der deutschen Chemie-Industrie die ursprünglich ambitionierte Reform der EU-Chemikalien-Gesetzgebung vollkommen verwässert“, kritisierte CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes in dem Schreiben. Der Offene Brief dürfte nicht die letzte Aktion gegen das „Europa der Konzerne“ gewesen sein.



Das Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur

■ Tatsachen und Hintergründe zum Thema Neofaschismus ■ Informationen zur Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Berichte über antifaschistische Aktivitäten im In- und Ausland ■ Interessantes aus den VVN-BdA-Mitgliedsorganisationen ■ 4-seitiges »Spezial« zu Schwerpunktthemen ■ Umfangreicher Kulturteil mit Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, zu Filmen und Ausstellungen ■ Interviews, Kommentare, Biografieen

antifa

»antifa« erscheint alle zwei Monate, Umfang: 48 Seiten, Preis je Heft: € 2,00, ermäßigt für Schüler, Lehrlinge und Studenten € 1,00, im Abonnement € 12,00 bzw. € 6,00, Bestellungen unter Tel.: 030-29 78 41 75, Fax: 030-29 78 41 79, Internet: www.vvn-bda.de, mail: antifa-redaktion@vvn-bda.de, Sitz der Redaktion: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Großes EU-Forschungsprojekt

BAYER will Gen-Ökonomie



Tests mit Weizenpflanzen

Gentech-Industrie und Wissenschaft läuten eine neue Ära für die Pflanzen-Biotechnologie ein. Kosten soll sie 45 Milliarden Euro. EU-Forschungskommissar Busquin ist begeistert. Die möglichen Folgen: SteuerzahlerInnen bleichen, Stellensuchende gehen leer aus, LandwirtInnen werden abhängig und NaturschützerInnen verlieren stillgelegte Flächen. Die Gentech-kritischen Organisationen? Sie bleiben außen vor.

Von Benno Vogel

Europa müsse in den nächsten zehn Jahren mehr als 45 Milliarden Euro in die Pflanzen-Genomforschung und die Pflanzen-Biotechnologie investieren. So lautet

die Forderung der Industrie-Lobbyorganisation von BAYER, BASF & Co., Europa-Bio, und der „Europäischen Organisation für Pflanzenwissenschaften“ (EPSO)

(siehe Kasten). Die beiden Organisationen lancierten Anfang Juni gemeinsam die Technologie-Plattform „Pflanzen für die Zukunft“, mit der sie ein langfristiges Forschungsprogramm entwickeln und implementieren wollen. Die Kosten für das Programm wollen sie nicht allein der Industrie überlassen, auch die EU-Kommission soll sich daran beteiligen. Die Forderung trifft auf Zustimmung. Der bis zum November amtierende EU-Forschungskommissar Philipp Busquin sagte bei der Vorstellung: „Ich wünsche der Technologieplattform viel Erfolg. Europa braucht ihn“.

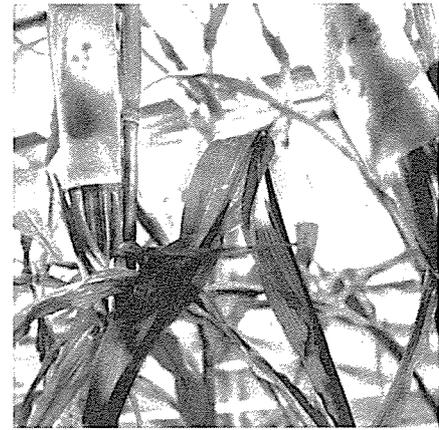
Vision für 2020

Weshalb die Investitionen notwendig sind? „Wir brauchen einen konzentrierten Zusammenschluss und einen strategischen Plan für diesen Sektor, sonst verlieren wir Stück für Stück unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit - nicht nur gegenüber den USA und Japan, sondern auch gegenüber den aufkommenden Pflanzengenetik-Riesen wie China und Indien“, sagt Chris Lamb, Direktor des „John Innes Centers“ in England. Lamb ist einer der Begründer der Technologieplattform und Mitautor der Broschüre „2025 - eine europäische Vision für die Pflanzengenom-

forschung und Pflanzenbiotechnologie“, zu deren UnterzeichnerInnen auch der EX-BAYER CROPSCIENCE-Chef Joachim Wulff gehört. Neu an der „Vision“ ist, dass EuropaBio und EPSO die einzelnen Intentionen unter ein gemeinsames strategisches Ziel stellen: Die europäische Wirtschaft soll mit Hilfe von Pflanzen-Genomforschung und Gentechnologie schrittweise auf eine „Bio-Ökonomie“ umgestellt werden, in der die industrielle Produktion von Waren und Dienstleistungen nicht mehr auf fossilen sondern auf biologischen Rohstoffen beruht.

Bio-Ökonomie für das 21. Jahrhundert

„Wir stellen uns einer herausfordernden Aufgabe. Das Handeln nach einer gemeinsamen Vision könnte sich enorm auszahlen: eine wettbewerbsfähige, unabhängige und nachhaltige Bio-Ökonomie für Europa, welche auf die spezifischen Bedürfnisse der europäischen Konsumenten ausgerichtet ist - und dies nicht allein im Hinblick auf Landwirtschaft und Lebensmittel, sondern auch durch vielfältige Anwendungen in anderen Gebieten, wie etwa durch aus Pflanzen gewonnenen Medikamenten, Chemikalien und Energi-



en“, schreiben die AutorInnen von EuropaBio und EPSO in ihrer „Vision“ für 2025. Sie knüpfen damit an die schöne neue Welt an, die sich ihre nordamerikanischen KollegInnen Ende der 1990er-Jahre ausdachten. „Im 21. Jahrhundert wird die neue Bio-Ökonomie eine erhöhte Sicherheit in den Bereichen Energie, Materialien, Umwelt und Gesundheit bringen. Die Agrarforschung und -entwicklung wird die treibende Kraft für die neue Bio-Ökonomie sein“, schreibt der „Nationale Rat für Agrarbiotechnologie“ (NABC) 1998 in einem Bericht. Im selben Jahr veröffentlichten VertreterInnen aus Industrie und Wissenschaft zusammen →

ABONNIEREN SIE JETZT!



C O U P O N

- Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).
- Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.
- Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____
 Kontonr. _____
 BLZ _____
 Name/Vorname _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
 Coordination gegen BAYER-Gefahren,
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
 Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



mit den beiden US-Ministerien für Energie und Landwirtschaft einen technologischen Fahrplan für die Bio-Ökonomie im Jahr 2020. Das darin formulierte Ziel: Die



Sicherheit der US-amerikanischen Wirtschaft erhöhen. Der Nationale Forschungsrat (NRC) definiert im Jahr 2000 schließlich die ersten Forschungsprioritäten für die Bio-Ökonomie.

Eine der US-Schwerpunkte ist die Förderung der Pflanzengenomforschung. Sie soll die Wissensbasis liefern, anhand derer Kultur-Pflanzen an die Bedürfnisse der Bio-Ökonomie angepasst werden können. Das Projekt dazu heißt „Nationale Pflanzen-Genominitiative“ und wird von der US-Regierung finanziert - bis 2008 jährlich mit rund 180 Millionen Euro. Das ist mehr als doppelt soviel, wie die EU für Pflanzen-Genomforschung ausgibt. EuropaBio und EPSO sehen deshalb die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft und Lebensmittel-Industrie in Gefahr. Sie fordern eine privat-öffentliche Co-Finanzierung für ihr geplantes, 45 Milliarden Euro teures Forschungsprogramm.

Busquin ist begeistert

Noch fließen jährlich rund 80 Millionen aus der EU-Kasse in die Pflanzen-Genomforschung. Ginge es nach den Wünschen von EPSO und EuropaBio, werden es bald sehr viel mehr sein. Die Chancen stehen gut. Anfang des Jahres gab der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi bekannt, dass die EU-Forschungsmittel verdoppelt werden sollen, um das in der Lissabon-Strategie formulierte Ziel, die EU zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissenschaftsgestützten Wirt-

schaft zu entwickeln, zu erreichen. Als Herzstück dieser Wirtschaft gelten wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung. Biowissenschaften und

Biotechnologie zählen die PolitikerInnen zu den Schlüssel-Feldern, die das Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung sichern sollen. Die Bio-Ökonomie? Aus Sicht des ehemaligen Forschungskommissars Busquin ist die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf die Bio-Ökonomie „ebenso unabwendbar wie wünschbar“. Busquin ist begeistert von der Technologie-Plattform „Pflanzen für die Zukunft“ und spendiert EuropaBio und EPSO 555.000 Euro, damit

Kommt dabei die privat-öffentliche Zusammenarbeit für die Technologie-Plattform „Pflanzen für die Zukunft“ zustande, dürften dies BAYER & Co. als Erfolg verbuchen. Eine Industrie-Branche, die sich selber in ihrer strategischen Ausrichtung und Produkt-Entwicklung kaum von der öffentlichen Politik beeinflussen lässt, hätte die öffentliche Forschungspolitik einmal mehr auf die industrielle Strategie ausgerichtet. Sie könnte dann die 63 Prozent ihrer Gentech-Projekte in Europa wieder aufnehmen, die sie in den letzten Jahren wegen der hohen Entwicklungskosten stoppte. Denn mit der so genannten private-public partnership werden die Kosten nun niedriger, kommt doch die öffentliche Finanzierung der Forschung in diesem Bereich meist einer defacto-Unterstützung der Entwicklungskosten der multinationalen Konzerne gleich. Freuen werden sich auch die Genom-ForscherInnen der öffentlichen Institute. Sie brachen in den letzten Jahren vor allem wegen der begrenzten finanziellen Unterstützung 27 Prozent ihrer Gentech-Projekte ab. Durch die „private-public partnership“ werden ihnen wieder mehr Gelder zur Verfügung stehen.

Ohne kritische Organisationen

Ob sich auch die europäische Bevölkerung freuen wird, wenn ihre Steuergelder verstärkt in die Pflanzen-Genomforschung und -Gentechnik fließen? Gefragt hat sie keiner. EPSO und EuropaBio lassen bisher

EuropaBio: „The European Association for Bioindustries“ mit Sitz in Brüssel ist die Lobby-Organisation der Firmen, die in Europa Bio- und Gentechnologie anwenden. Sie vertritt die Interessen von rund 1.200 kleinen und mittleren Betrieben sowie von 40 großen Konzernen - darunter diejenigen von SYNGENTA, BAYER CROPSOURCE, BASF, DOW CHEMICAL und DUPONT.

EPSO: die „European Plant Science Organisation“ existiert seit dem Jahr 2000. Sie repräsentiert 54 Forschungsinstitute aus 23 europäischen Ländern. Nach eigenen Angaben ist ihr Ziel, die Bedeutung der Pflanzenwissenschaften in Europa zu verbessern. SYNGENTA, BAYER, BASF, BIOGEMMA und KWS sind Beobachter der Organisation und können sich damit unter anderem an der Ausarbeitung von Statements und Empfehlungen von EPSO beteiligen.

sie einen Aktionsplan ausarbeiten und der EU-Kommission Empfehlungen für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geben können.

Industrie macht EU-Forschungspolitik

Nächstes Jahr entscheidet die EU-Kommission über die Prioritäten für das 7. Forschungsrahmenprogramm, das voraussichtlich von 2006 bis 2010 gelten wird.

allein die Europäische Verbraucherorganisation BEUC sowie den Ausschuss der berufständischen landwirtschaftlichen Organisationen (COPA) an der Technologie-Plattform und der Ausarbeitung der „Visionen“ teilnehmen. Damit ist nur ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft am Prozess beteiligt. Außen vor bleiben nicht nur die BürgerInnen, sondern auch die Organisationen, die sich seit Jahren kritisch mit der Pflanzen-Gentechnik auseinandersetzen.

Verlierer des Wettbewerbs

„Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie wird von der Pflanzen-Genomforschung, der Biotechnologie und deren smarten Anwendungen abhängen“, schreiben die AutorInnen von EPSO und EuropaBio. Sie lassen dabei offen, wer die Gewinner und wer die Verlierer der

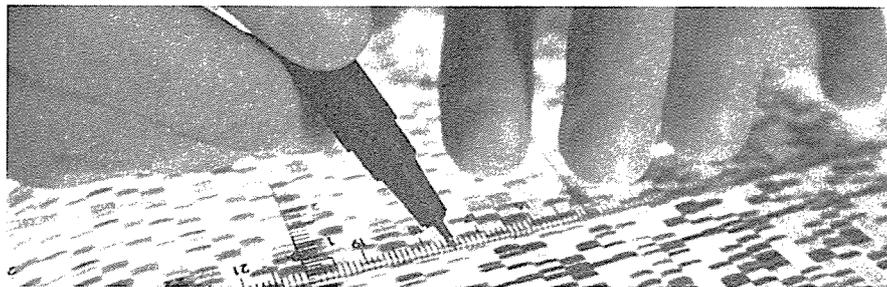
Abhängigkeit der LandwirtInnen. Sie drohen zwischen den beiden mehr oder weniger monopolistischen Industrien zerdrückt zu werden. Sie werden mehr und mehr zu VertragsanbauerInnen, welche die Arbeit verrichten, dabei aber weder die hergestellten Produkte besitzen noch wichtige Betriebsentscheidungen selbständig treffen. Deprimierend sind auch die Aussich-

te“, der im Auftrag der EU-Kommission das Beschäftigungspotential der Agrar-Biotechnologie untersucht hat. Schlecht sieht es auch für den Naturschutz aus. Das unkritische Vorantreiben der Bio-Ökonomie dürfte nicht nur die landwirtschaftliche Praxis intensivieren, sie dürfte auch zu einem enormen Landbedarf und damit zur „Wiederinbetriebnahme“ der stillgelegten Flächen führen.

Zur Gruppe der Gewinner werden BAYER & Co. gehören. Sie werden maßgeblich mitbestimmen, wie sicher die Lebensmittel bleiben, wie ökologisch die Landwirtschaft wird und wie das Nebeneinander der verschiedenen Anbaumethoden gestaltet wird. Und sie werden entscheiden, wie viele Gentech-Produkte in den Regalen landen, indem sie festlegen, welche Resultate der Pflanzen-Genomforschung für die gentechnische und welche für die konventionelle Züchtung verwendet werden. In der Technologie-Plattform „Pflanzen für die Zukunft“ fällen sie diese Entscheide ohne demokratische Kontrolle.

(gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung von GID)

Bücher zum Thema: www.j5A.net



Wettbewerbsfähigkeit sein werden. Zur Gruppe der letzteren dürften Landwirte, Stellensuchende und der Naturschutz gehören.

Laut der EU-Generaldirektion für Landwirtschaft gibt die Rolle der LandwirtInnen im sich schnell ändernden Agrar- und Lebensmittelsektor Anlass zur Sorge. Da die Biotechnologie den Konzentrationsprozess in der Agrar- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie erhöht, steigt die

ten für den Arbeitsmarkt. Die Pflanzen-Biotechnologie dürfte kaum zu neuen Stellen führen. „Die meisten Innovationen der Agrar-Biotechnologie werden die Beschäftigung verringern. Dies wird zwar ökonomische Vorteile haben, indem die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit steigen, aber eine Erhöhung der Arbeitsplätze wird keiner der Vorteile sein“, schreibt Anthony Arundel vom „Maastricht Economic Research Institu-

GRASWURZELREVOLUTION

NEU

Clayborne Carson Zeiten des Kampfes

Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren

Mit einem Nachwort von Heinrich W. Grosse
Aus dem Amerikanischen von Lou Marin

638 S., 28,80 €
ISBN 3-9806353-6-8

Clayborne Carson ist
vom 29.9. bis 10.10.04
auf Lesereise. Infos unter
www.graswurzel.net



Clayborne Carson, Herausgeber der Schriften von Martin Luther King und selbst durch die Bürgerrechtsbewegung geprägt, beschreibt minutiös die Entwicklungen und Debatten des SNCC. Die Kampf- und Organisationsformen des SNCC waren anregend für viele spätere Bewegungen. Und wer in sozialen Bewegungen aktiv war oder ist, wird in Carsons detaillierter Darstellung sehr viele typische Abläufe von Emanzipationsbewegungen erkennen. Das Buch ist mehr als eine Organisationsgeschichte.

Graswurzelrevolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Berichte und Kommentare zu

- direkten gewaltfreien Aktionen
- sozialen Bewegungen in anderen Ländern
- Rezensionen, Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)

Schnupperabo 5 € Vorkasse (3 Hefte)

Nach anhaltenden Protesten:

BAYER stoppt Gentechnik in Indien



Auch außerhalb Europas wird die Luft für die Gentechnik dünner. In Indien stößt sie auf massiven Widerstand, weshalb BAYER in dem Land für die Zukunftstechnologie keine Zukunft mehr sah.

Von GREENPEACE/CBG

Indische Greenpeace-Aktivisten haben am 30. September bis in die Nacht vor der BAYER-Zentrale in Bombay gegen umstrittene Gentechnik-Experimente des Konzerns protestiert. Sechs Demonstranten ketteten sich elf Stunden lang an das Ein-

gangstor des Gebäudes fest und hielten ein Transparent mit der Aufschrift „BAYER vergiftet unsere Nahrung“ hoch. GREENPEACE verlangt Informationen über Versuche der indischen BAYER-Tochter PRO AGRO mit gen-manipulierten Gemüsesor-

ten wie Kohl und Blumenkohl. Die Blockade wurde erst beendet, als BAYER einem Treffen zustimmte und in die Herausgabe von Versuchsergebnissen einwilligte.

Die Proteste richten sich gegen die Verwendung des Allergie-erzeugenden

Gen Cry9C, das in menschlicher Nahrung nicht eingesetzt werden darf. Divya Raghunandan von GREENPEACE-Indien: „In Anbetracht der großen Gesundheitsrisiken des Cry9C-Gens sorgen wir uns um die Auswirkungen für Verbraucher und Landwirte. Wir fordern BAYER auf, alle Versuche mit dieser Gen-Veränderung einzustellen und alle bisherigen Forschungsergebnisse offen zu legen“.

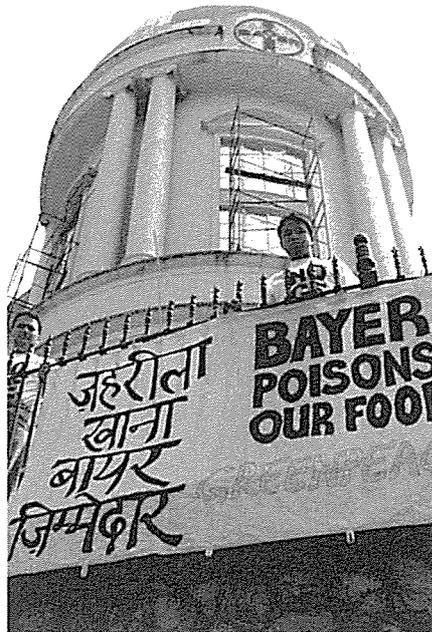
Das Cry9C-Gen steht im Mittelpunkt des bislang größten Skandals der grünen Gentechnik: die Firma AVENTIS hatte in

Ein BAYER-Sprecher bestätigte am Freitag den Ausstieg und sagte, man beobachte die konstante Verbraucher-Ablehnung in Europa mit Sorge

den USA Schäden in dreistelliger Millionenhöhe begleichen müssen, nachdem vor vier Jahren genmanipulierter Mais der Sorte STARLINK in Nahrungsmitteln gefunden worden war. AVENTIS CROPS-CIENCE wurde später von der Firma BAYER übernommen, die seitdem weltweit zweitgrößter Anbieter von Gen-Saatgut ist.

Mit dieser und anderen Aktionen hatten die Gentechnik-GegnerInnen schließlich Erfolg. Mitte November konnte GREENPEACE melden: „BAYER gibt die Forschung an genmanipulierten Pflanzen in Indien auf“. Nach einer an das indische GREENPEACE-Büro adressierten Konzern-Mitteilung „will BAYER CROPS-CIENCE in den nächsten Jahren seinen Schwerpunkt auf die normale Pflanzen-Züchtung verlegen“. Alle bisherigen Projekte wurden gestoppt. Zu den Pflanzen-Arten, an

denen BAYER in Indien geforscht hat, gehören Kohl, Raps, Blumenkohl, Tomaten und Senf. Bereits im März 2004 gab der Konzern seinen Rückzug in England bekannt, im Juni wurde der Versuch aufgegeben, Gen-Raps in Australien zu verkaufen.



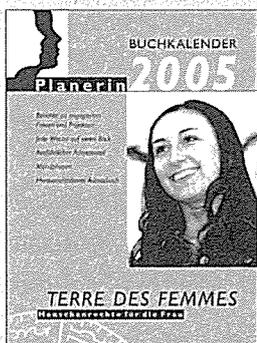
„BAYER sollte auch in Europa klare Zeichen setzen und jetzt seine Zulassungsanträge zu Gen-Reis, Gen-Raps und Gen-Mais zurückziehen“, fordert Christoph Then, Gentechnik-Experte von GREENPEACE Deutschland. „Weder wollen die Verbraucher Gen-Food essen, noch lassen sich diese Pflanzen in Europa anbauen, ohne die gentechnik-freie Landwirtschaft durch Pollenflug massiv zu belasten. So fliegt der Pollen beim Gen-Raps mehr als 20 Kilometer weit.“ Ein

BAYER-Sprecher bestätigte am Freitag den Ausstieg und sagte, man wolle sich auf bestimmte Teilbereiche konzentrieren und beobachte die konstante Verbraucher-Ablehnung in Europa mit Sorge. An einen generellen Rückzug werde hier allerdings nicht gedacht.

„Wir brauchen keine Gen-Pflanzen in Indien“, sagt Divya Raghunandan, Gentechnik-Expertin von GREENPEACE-Indien. „Global gesehen haben sich die Versprechungen der Gen-Industrie nicht erfüllt, ob es sich nun um höhere Erträge oder um eine Verringerung der Spritzmittel handelt. BAYER hat die Zeichen der Zeit erkannt und sich aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Geschäft mit den Gen-Pflanzen zurückgezogen. Der Konzern weiß genau, dass die Verbraucher in Indien das Gen-Gemüse nicht akzeptieren werden.“

Das nach China bevölkerungsreichste Land der Welt, in dem 80 Prozent der Menschen ihr Auskommen in der Landwirtschaft finden, bietet einen gewaltigen Markt für Agrochemie und Saatgut-Unternehmen. Der Rückzug von BAYER aus dem Geschäft mit Gen-Pflanzen dürfte auch ein alarmierendes Zeichen für andere Konzerne sein. Mit seiner Entscheidung, sich aus dem Geschäft mit Gen-Pflanzen zumindest in Teilbereichen zurückzuziehen, steht BAYER nicht alleine. Auch die Firma MONSANTO, die weltweit das meiste Saatgut für Gen-Pflanzen verkauft, hat in diesem Jahr die Forschung an Gen-Weizen gestoppt, ebenso die Forschung an Gen-Raps in Australien.

TERRE DES FEMMES - MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



- A5-Format, jede Woche auf einen Blick
- Berichte zu engagierten Frauen und Projekten
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Ferienterminen
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Umschlag mit Einschubfach
- Herausnehmbares Adressbuch
- 12,- €, erhältlich bei:
TERRE DES FEMMES oder im Buchhandel: ISBN 3-936823-03-0

**Buchkalender für Frauen
Planerin 2005**

- Ich bin sehr an der Arbeit von TERRE DES FEMMES interessiert, Bitte schicken Sie mir mehr Informationen
- Bitte schicken Sie mir die Planerin.
Anzahl: _____

AbsenderIn

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

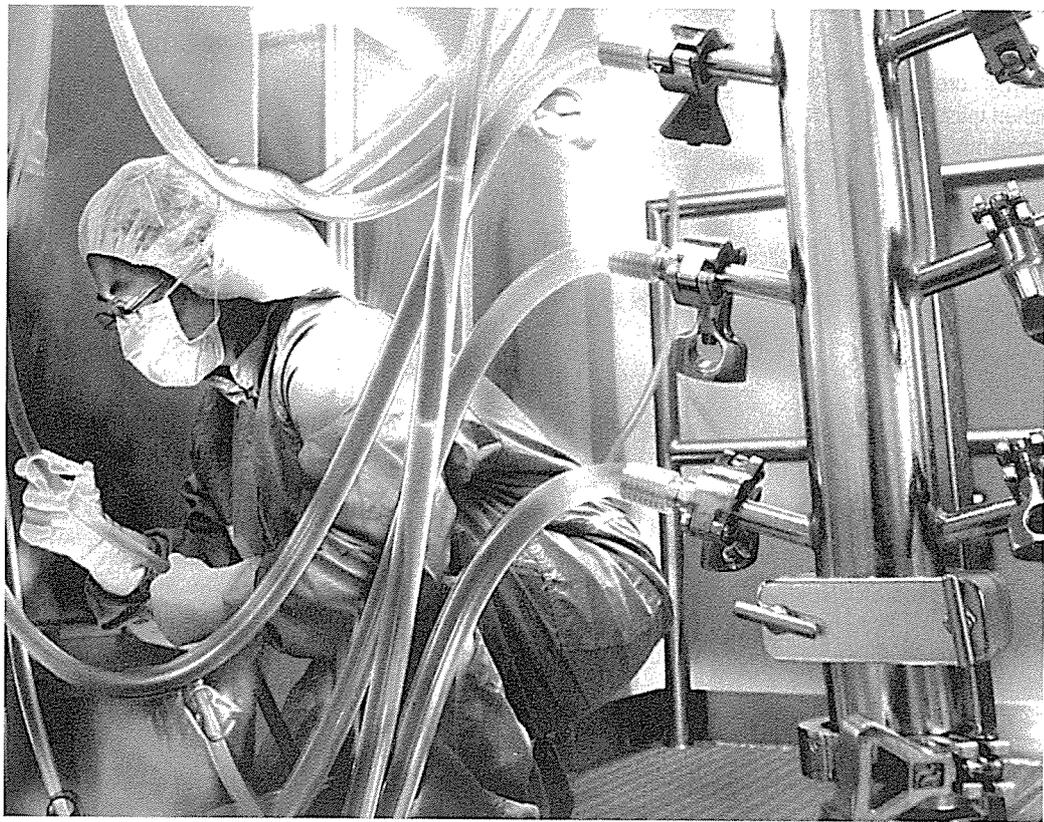
Telefon _____ E-Mail _____



TERRE DES FEMMES e.V.
Postfach 2565
72015 Tübingen
Tel. 07071/7973-0
Fax 07071/7973-22
E-Mail: tdf@frauenrechte.de
www.frauenrechte.de

„AIDS“-Skandal: Neue Dokumente

„Das ist doch Mord!“



Blutpräparat-Produktion in den USA

Im letzten Jahr verklagten asiatische Bluter-Patienten BAYER. Wie bislang unbekannte Firmen-Unterlagen belegen, hat der Leverkusener Chemie-Multi Bluter mit seinem Gerinnungspräparat KOATE bewusst dem „AIDS“-Risiko ausgesetzt. Der im September ausgestrahlte WDR-Film „Tödlicher Ausverkauf - wie 'AIDS' nach Asien kam“ dokumentiert nun detailliert, mit welcher Kaltblütigkeit der Konzern für seinen Profit über Leichen ging.

Von Jan Pehrke

„Warum ich? Was habe ich verbrochen, dass sie mich mit 'AIDS' ansteckten? Ärzte sollen den Menschen helfen, aber die Ärzte in Hongkong hatten keine Chan-

den. Am Schluss des Interviews bekannte John H. Hink: „Ich denke, ich habe Fehler gemacht. Ich denke, ich hätte Dinge besser machen können. Und ich denke, unter diesen Umständen, wenn man die Folgen sieht, bin ich froh, jetzt darüber reden zu können“.

der Fakten. Am Schluss des Interviews bekannte John H. Hink: „Ich denke, ich habe Fehler gemacht. Ich denke, ich hätte Dinge besser machen können. Und ich denke, unter diesen Umständen, wenn man die Folgen sieht, bin ich froh, jetzt darüber reden zu können“.

Diese Redebereitschaft zeigten die bundesdeutschen BAYER-Manager nicht. Sie lehnten es ab, vor laufender Kamera Stellung zu nehmen. Per Fax bekundete der Chemie-Multi „größtes Mitgefühl“ mit den Opfern, schloss aber „jegliches Fehlverhalten bei der Herstellung und Vermarktung dieser Produkte“ kategorisch aus.

Dabei laufen für den Opfer-Anwalt Charles A. Kozak alle Fäden des „AIDS“-Skandals in der Leverkusener Konzern-Zentrale zusammen. „Wir haben in den Dokumenten sehen können, dass BAYER gleich zu Anfang der 'AIDS'-Katastrophe jemanden herüberschickte, um die Strategie festzulegen. Und die entschieden dann, dass, obwohl wahrscheinlich innerhalb von ein, zwei Jahren 5.000 Bluter an „AIDS“ erkranken würden, CUTTER die Produkte weiter vermarkten solle“, führt Kozak aus.

Auf der Haben-Seite dieser brutalen Geschäftspraxis verbuchte der Multi vier Millionen Dollar KOATE-Verkaufserlöse in Asien.

Das Manuskript der Sendung kann unter „www.CBGnetwork.org“ bestellt werden



ce. Sie mussten die Mittel anwenden, die sie bekamen. Schuld ist allein CUTTER, die Pharma-Firma in San Francisco“, klagt der 25-jährige Bluter Menn die US-amerikanische BAYER-Tochter in Egmont R. Kochs Film an. Sein Gesicht hält er dabei vor der Kamera verborgen. Erst nach langem Zögern hatte er sich zu den Aufnahmen bereit erklärt - in asiatischen Ländern sind „AIDS“-Kranke besonders stark von sozialer Ausgrenzung bedroht. Aber Menn stellte sich den Fragen des Filmemachers, weil er zu den Blutern gehört, die einen Prozess gegen BAYER führen. „Die Pharma-Firma muss vor Gericht gestellt werden! Sie hat das Medikament verkauft, obwohl sie wusste, dass es mit 'AIDS' verseucht ist. Nur wegen des Profits! Das ist doch Mord!“, so der Hongkonger.

Die BAYER-Gesellschaft CUTTER hatte in den achtziger Jahren nicht hitze-behandelte und daher mit einem hohen „AIDS“-Risiko behaftete Margen des Blutplasma-Produkts KOATE nach Asien geliefert. In den USA hatte CUTTER das Mittel da schon längst durch das sicherere KOATE HT ersetzt; den Verkauf des alten Präparats verbot die Gesundheitsbehörde. Auch die Hongkonger Vertriebsfirma des Unternehmens verlangte nach dem KOATE HT, erhielt jedoch eine abschlägige Antwort aus den USA. „Wir müssen die Lager-Bestände aufbrauchen“ lautete die in den

gen Verträgen mit den Behörden zu einem bestimmten Festpreis verpflichtet und dachte nicht daran, das in der Herstellung teurere KOATE HT zu diesen Konditionen abzugeben. Nicht einmal als das Hongkonger Gesundheitsministerium den Vertriebschef zum Rapport einbestellte, der

„Die entschieden dann, dass, obwohl wahrscheinlich innerhalb von ein, zwei Jahren 5.000 Bluter an 'AIDS' erkranken würden, CUTTER die Produkte weiter vermarkten solle“

Druck von Patienten-Seite immer mehr zunahm, und JournalistInnen das Thema zu einem Skandal zu machen drohten, änderten die CUTTER-ManagerInnen ihre Haltung. Die einzige Reaktion aus San Francisco: „Wir haben den Universitätsärzten ...350 Flaschen des neuen, hitze-behandelten KOATEs besorgt ... für jene Patienten, die am lautesten jammern.“ In Japan verfiel das Pharma-Unternehmen sogar darauf, die Zulassung von KOATE HT hinauszuzögern, um noch möglichst viel von der „heißen Ware“ absetzen zu können.

Nur zwei Manager erklärten sich bereit, Koch Rede und Antwort zu stehen. Anfangs noch um Ausflüchte und Rechtfertigungen bemüht, kapitulierten sie schließlich vor der erdrückenden Macht

Wer sein Geld ökologisch sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst

ÖKO
INVEST

- Er liefert aktuelle Informationen und Tipps zu
- ◆ Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen,
 - ◆ Umweltaktien-Musterdepot (+25% seit 2000)
 - ◆ Solar-Aktien-Index PPVX (+100% im 1. Halbjahr 2004)
 - ◆ Öko-Aktien-Index nx-25 (+55% in den 12 Monaten per Juni 04)
 - ◆ Warnungen vor (grün-)schwarzen Schafen.

Ein kostenloses ÖKO - INVEST - Probeexemplar oder das 300 - seitige Jahrbuch „Grünes Geld“ (22 Euro inkl. Versand) können Sie abrufen beim

ÖKO-INVEST-Verlag
Schweizertalstr. 8-10/5
A-1130 Wien
Tel. 0043/1/876 05 01
Fax 0043/1/315696-1
email: oeko-invest@teleweb.at



Steuer-Oase Bundesrepublik

Wie BAYER sich arm rechnet

Im Jahr 2004 wartet Leverkusen wieder einmal vergeblich auf Gewerbesteuer-Überweisungen von BAYER. Wie andere Konzerne zahlt der Chemie-Multi in der Bundesrepublik kaum noch Steuern. Die Bücher „Asoziale Marktwirtschaft“ von Hans Weiss und Ernst Schmiederer und „Geheimnisse der Unternehmenssteuern“ von Lorenz Jarass und Gustav M. Obermair enthüllen, mit welchen ganz legalen Steuertricks BAYER & Co. Milliarden einsparen und Bund, Ländern und Kommunen so die größten Probleme bereiten.

Von Udo Hörster



Rechen-Künstler Werner Wenning

„Wann zahlt BAYER wieder Gewerbesteuer?“, fragte ein Journalist der *Rheinischen Post* BAYER-Chef Werner Wenning auf der letzten Bilanz-Pressekonferenz.

„Wenn wir wieder Gewinne machen. 2004 nicht!“, antwortete der Vorstandsvorsitzende lapidar. „Gewinne im Sinne des Steuerrechts“ präzisierte sein Ex-

Werksleiter Walter Schulz dankenswerterweise, als er in der *Neuss-Grevenbroicher Zeitung* erklärte, warum die Stadt Dormagen im Jahr 2001 von BAYER trotz

satter Erträge keinen Cent Gewerbesteuer erhielt. „Wir müssen deutlich unterscheiden zwischen dem Bilanz-Gewinn eines Unternehmens und dem so genannten steuerpflichtigen Gewerbe-Ertrag, der für die Gewerbesteuer maßgeblich ist“, dozierte er. Diese Unterschiede zwischen dem ausgewiesenen Gewinn, dem realen

Die Unterschiede zwischen dem ausgewiesenen Gewinn, dem realen und dem versteuerten, über den das Steuer-Geheimnis gnädigerweise den Mantel des Schweigens hüllt, vergrößern sich mehr und mehr

und dem versteuerten, über den das Steuer-Geheimnis gnädigerweise den Mantel des Schweigens hüllt, vergrößern sich mehr und mehr.

Der Pharma-Riese zahlte erstmals im Jahr 1999 an seinem Leverkusener Stammsitz keine Gewerbesteuer mehr und dann nochmals 2001 und 2003 nicht, während es - bei deutlich niedrigeren Erträgen - 1990 noch 123 Millionen Euro waren. An den Standorten Dormagen, Wuppertal, Brunsbüttel und Krefeld flossen die Gelder ebenfalls zunehmend spärlicher. Gründe dafür fanden sich immer:

Pensionsrückstellungen, der LIPOBAY-GAU oder die schlechte Konjunktur. In Wirklichkeit lag es aber an den Rechenkünsten der Steuer-Abteilung und den sich ständig vergrößernden Steuer-



Heribert Titzelsberger

Schlupflöchern. Die Hiobsbotschaften aus der Konzern-Zentrale veranlassten die Kommunal-PolitikerInnen regelmäßig, Haushaltssperren zu verhängen. „So viele Schwimmbäder können wir gar nicht schließen, um die Steuer-Ausfälle aufzufangen“, stöhnte der Leverkusener Ober-

Stern: „Diese beiläufige Steuer-Senkung hat von 2001 bis 2003 zu Einnahme-Ausfällen von mehr als 50 Milliarden geführt“

bürgermeister Paul Hebbel vor drei Jahren. Seitdem kürzt und streicht die Kommune an allen Ecken und Enden, ohne aus der Bredouille zu kommen. Im Jahr 2004 machte die Industrie- und Handelskammer einen drastischen Spar-Vorschlag, der den Verkauf des Rathauses, die Privatisierung der Verkehrsbetriebe, des Parkhauses und der Schulgebäude-Reinigung vorsah. Aber nicht mal das konnte Leverkusen wieder finanziellen Handlungsspielraum verschaffen. „Das alles reicht nicht aus, um wieder Land zu sehen“, konstatierte der CDU-Politiker Klaus Hubbert resigniert.

Gleichzeitig schrumpfte auch die an das Land zu zahlende Körperschaftssteuer, weil ihr ein ähnlicher Bemessungs-

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

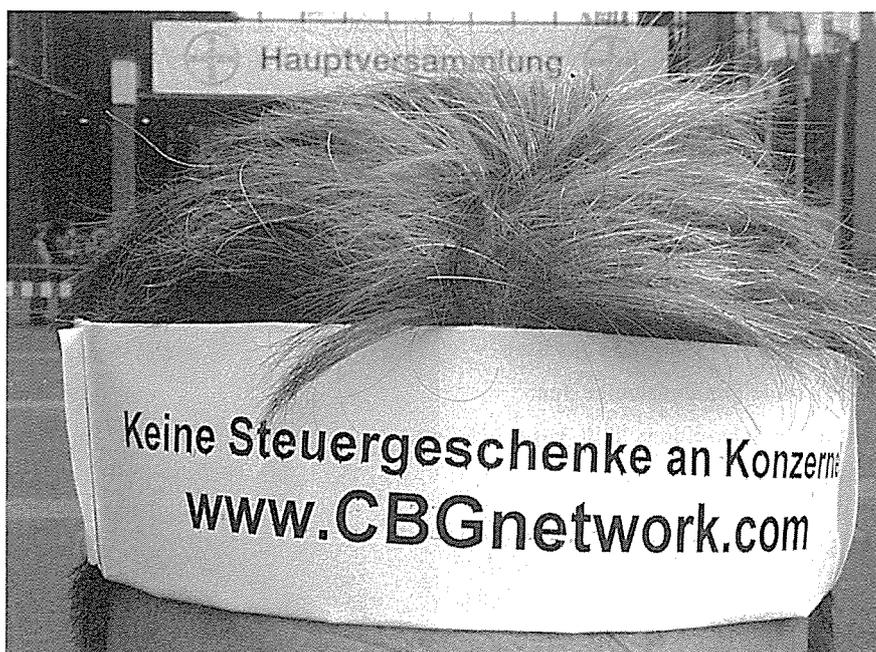
Coupon

schlüssel wie der Gewerbesteuer zugrunde liegt. Im Jahr 2002 erhielt der Konzern sogar eine Rückzahlung in Höhe von 250 Millionen Euro. Die anderen Global Player profitierten in ähnlicher Weise. Ermöglicht hatte diesen Geldregen ein Coup des Leverkusener Chemie-Multis. Er brachte 1999 seinen Steuer-Chef Heribert Zitzelsberger als Staatssekretär im Finanzministerium unter. Und der tat dort das, was er sonst auch immer gemacht hat: BAYER so viel Steuern wie möglich zu ersparen.

Die unter seiner Federführung entstandene „Unternehmenssteuer-Reform“ senkte den Körperschaftssteuersatz von 40 auf 25 Prozent ab. Wenn die Unternehmen ihren zu den alten Bedingungen versteuerten Gewinn nachträglich an die AktionärInnen ausschütteten, konnten sie sogar noch rückwirkend in den Genuss der Herabsetzung kommen. Der Pharma-Riese ließ sich das nicht zweimal sagen, erhöhte seine Dividende auf astronomische 1,40 Euro und erhielt vom Finanzamt 250 Millionen zurück. Der Schwund in den öffentlichen Kassen führte inzwischen wieder zu einer - allzu sanften - Erhöhung auf 26,5 Prozent.



der spendable Hans Eichel



Zudem stellte das Gesetzes-Werk Veräußerungsgewinne steuerfrei. BAYER brauchte aus diesem Grund beispielsweise für den Erlös aus dem Verkauf seiner Beteiligung an der EC ERDÖLCHEMIE keinen Cent an den Fiskus abzuführen. Darüber hinaus erleichterten Zitzelsberger & Co. den Kauf von Unternehmen oder einzelner Teile, wovon der Gen-Gigant zuletzt beim Erwerb der ROCHE-Sparte „rezeptfreie Medikamente“ gehörig profitierte. „In Deutschland können als einzigem Industrie-Land der Welt alle Ausgaben (auch Schuld-Zinsen für Beteiligungen) de facto voll steuerlich abgesetzt werden“, ereifern sich Jarass und Obermair in ihrer Kritik der „Reform“. Darum wählen die Multis bevorzugt die Bundesrepublik aus, um derartige „Unkosten“ abzusetzen. Auf 100 Milliarden „Verlust-Vortrag“ bringen es die 30 DAX-Unternehmen zusammen; BAYER schiebt Miese von fast zwei Milliarden Euro vor sich her, weshalb selbst zwei Jahre mit Milliarden-Gewinnen wie 2001 und 2002 steuer-technisch ein Nullsummenspiel ergeben würden. Der Pillen-Produzent darf sogar seine Aufwendungen für ROCHE samt der fälligen Zinsen den Finanz-Behörden in Rechnung stellen, obwohl die neue BAYER-Tochter mit ihrem Sitz in Basel hierzulande gar keine Abgaben zahlt. Auf ein Nichts noch über Jahre steuermindernde Abzüge zu bekommen - das geht nur in der Steuer-Oase Bundesrepublik. Dank der billigen Zinsen greifen die Firmen bei ihren Investitionen zunehmend auf Fremdkapital zurück. Bei BAYER ging die Eigenkapital-Quote vom 1999er Höchststand 48 Prozent kontinuierlich auf 32,6 Prozent im Jahr 2003 zurück.

Solche Zins-Transaktionen und andere Finanz-Operationen des Konzerns wickelt BAYER INTERNATIONAL ab. Die Gesellschaft sitzt in Belgien, weil dort keinerlei Körperschaftssteuern anfallen. So zahlte sie 2002 für einen Gewinn von 96 Millionen Euro nur 0,61 Prozent Steuern: 0,58 Millionen. Die EU-Wettbewerbsbehörde sieht in dem unmoralischen belgischen Angebot eine illegale Subventionsvergabe und forderte Maßnahmen. BAYER und die anderen im „European Roundtable of Industrialists“ (ERT) organisierten Multis erreichten einen Aufschub bis mindestens 2010.

Aber nicht nur mit Kauf und Verkauf, auch mit Gewinn/Verlust-Zahlenakrobatik sparen die Multis dank der Unternehmenssteuerreform aus dem Hause BAYER gehörig. Das Regelwerk schuf das Konstrukt der Organschaft, welches die Verrechnung von Gewinnen und Verlusten innerhalb eines Konzern-Verbundes ermöglicht. Dabei gilt der Grundsatz, die Gewinne in Ländern mit niedrigen Steuersätzen und die Verluste in denen mit offiziell hohen anfallen zu lassen. Global gehandelte Medikamente wie ASPIRIN eigneten sich dabei besonders gut als Manövriermasse. Der Pharma-Riese berechnet seinen Tochter-Gesellschaften nicht nur Lizenz-Gebühren, sondern auch Herstellungskosten. Der Gestaltung der internen Verrechnungspreise sind dabei kaum noch Grenzen gesetzt, seit der Bundesfinanzhof die Firmen im Jahr 2001 von der Verpflichtung enthob, Nachweise für die Kalkulationen zu erbringen. „Wie soll man als Finanz-Fahnder kontrollieren, ob die Herstellung von 20 ASPIRIN-Tabletten

drei Euro oder drei Cent kostet?", fragt ein Beamter in „Asoziale Marktwirtschaft“ ratlos. Nach seiner Ansicht wären die Global Player auch dumm, wenn sie ihre Gewinne nicht in Billigsteuer-Länder verschieben würden. „Und den Pharma-Konzernen kann man vieles vorwerfen, aber ganz gewiss nicht, dass sie dumm sind. In dieser Hinsicht gehören sie zu den Klügsten“, stellt der Fahnder fest.

BAYERs ehemaliger Steuer-Chef Heribert Zitzelsberger machte er mit der Unternehmenssteuer-Reform nämlich genau das, was er vorher auch gemacht hat: BAYER so viel Abgaben wie möglich zu ersparen

Zumal den FinanzbeamtlInnen in den Unternehmen bestens ausgebildete Steuer-Fachleute gegenüberstehen. Sinnigerweise hat sie oftmals der/die SteuerzahlerIn qualifiziert, denn es sind Spitzen-ExpertInnen der Finanzämter, die nach Abschluss ihrer Ausbildung die Fronten wechseln und sich hinter die Konzern-Schreibtische setzen. Die Multis zahlen nämlich einfach besser. So bilden sie das Rückgrat einer jeden Konzern-Steuerabteilung.

Auch ein neuer Erlass-Entwurf des Finanzministeriums, der einen Kontroll-Abgleich intern und extern berechneter Preise erlaubt, dürfte den TrickserInnen kaum Grenzen setzen. Den Finanz-Behörden ist es aufgrund des Steuergeheimnisses nämlich nicht gestattet, sich vor den Finanzgerichten auf diese Informationen zu berufen. „Wir haben mit Herrn Zitzelsberger unseren besten Mann entsandt und gehen davon aus, dass er in unserem Sinne tätig wird“, kommentierte der damalige BAYER-Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider auf der Hauptversammlung im April 1999 den Wechsel seines Steuer-Chefs ins Eichel-Ministerium sinngemäß. Diese Erwartungen hat Heribert Zitzelsberger bis zu seinem plötzlichen Tod Ende 2003 mehr als erfüllt.

Dabei haben seine Vorgänger haben schon ganze Arbeit geleistet. Sie räumten BAYER & Co. unter anderem großzügige Abschreibungsmöglichkeiten ein. So setzten die Multis fleißig Wert-Verluste für Anlagen und andere Güter in ihre Bilanzen ein und häuften damit „stille Reserven“ en masse an. In anderen Ländern wie z. B. den USA gelänge ihnen das nicht. Dort können sie eine solche Regelung nur in Anspruch nehmen, wenn ein

Verkauf stattfindet und sich die Wert-Minderung tatsächlich realisiert.

Und das Finanzamt? Schaut es den Abschreibungskünsten, Gewinn/Verlust-Akrobatiken und sonstigen Steuer-Jonglierereien tatenlos zu? Ja. Die BetriebsprüferInnen seien „absolut chancenlos“, sagt ein Wirtschaftsanwalt, welcher der Industrie für einen Stundenlohn von 600 Euro tausend ganz legale Steuer-Tricks verrät. „Irgendeine Lücke gibt es immer, in jedem System. Ich werde dafür bezahlt, sie zu finden“, so der Mann für alle Fälle. Manchmal muss er sich nicht einmal sonderlich anstrengen. Die JuristInnen von BAYER & Co. wirken nämlich kontinuierlich bei der „Nachbesserung“ der Gesetze mit und bauen ihre Schlupflöcher gleich selbst mit ein. Entsprechend mager schätzt der Konzern-Prüfer Dietmar Prugger seine Erfolgsaussichten ein. „Die Betriebsprüfung kann nur die größten Missstände beseitigen“, gesteht der Finanzbeamte. Noch dazu trifft es dabei am häufigsten mittelständische Betriebe. „Am meisten geprüft wird bei den Kleinbetrieben, am wenigsten bei den Großbetrieben. So macht man Wirtschaftspolitik“, weiß Prugger.

Wirtschaftspolitik dieser Art hat die Steuern auf Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit von 1980 bis 2003 nur um das Anderthalbfache, von 50 auf 71 Milliarden Euro anwachsen lassen, bei exorbitanten Gewinn-Sprüngen, während das Aufkommen aus Lohnsteuer und Sozialabgaben im gleichen Zeitraum um das 2,8fache stieg, von 150 auf 420 Milliarden. Der *Stern* (Ausgabe 21.10.04) schreibt unter der Überschrift „Der Putsch von ganz oben“: Vor 40 Jahren kamen noch 20 Prozent des Steuer-Aufkommens aus Gewinn- und Vermögenseinkommen, heute sind's noch sechs Prozent. 1983 trugen Körperschafts- und Einkommenssteuer noch 14 Prozent zum Steuer-Aufkommen bei, heute 2,3 Prozent. Diese beiläufige Steuer-Senkung hat von 2001 bis 2003 zu Einnahme-Ausfällen von mehr als 50 Milliarden geführt ... Es ist wie bei einem Junkie - die Dosis wird erhöht.“

Und selbst der offizielle Steuer-Satz für Kapital-Gesellschaften von 40 Prozent auf Gewinne bleibt für die Finanzämter ein schöner Traum: Tatsächlich zahlten BAYER und die anderen 29 DAX-Unternehmen durchschnittlich nur etwa 10 Prozent. Die satten Extra-Profite fließen in die Taschen der Kapital-Eigner, der AktionärInnen. Dürften die Konzerne abzüglich der 40 Prozent Steuern eigentlich nur 60

Prozent ihres Gewinnes ausschütten, also das Anderthalbfache, so beglücken sie die ShareholderInnen mit dem Zwei- bis Fünffachen der Summe. „Diese Diskrepanz weist auf erhebliche Defizite bei der Steuer-Erhebung hin“, bemerken Jarass und Obermair.

EU-weit bittet nur Griechenland die Konzerne weniger als die Bundesrepublik zur Kasse. Da hält sich sogar das Wirtschaftsorgan *Handelsblatt* mit Kritik zurück: „Im internationalen Vergleich ist Deutschland eine Steuer-Oase - Kapital-Gesellschaften leisten en bloc überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung (...) Die Steuer-Last, über die die

Handelsblatt: „Im internationalen Vergleich ist Deutschland eine Steuer-Oase“

deutsche Wirtschaft klagt, ist eher ein Phantomschmerz.“ Die Klage dient dem Ziel, die Ausbeutung der Beschäftigten schamlos vorantreiben zu können. Und der Genosse der Bosse verspricht zumeist umgehend „Linderung“. So prophezeit Lorenz Jarass einen weiteren Sinkflug bei den Unternehmenssteuern. Nach alledem bleibt nur das Fazit der „Asoziale Marktwirtschaft“-Autoren: „Was wir herausgefunden haben, lässt sich auf den einfachen Satz bringen: Die Konzerne plündern den Staat aus, auf jede nur erdenkliche Weise - immer gedeckt durch die Gesetze“.

Asoziale Marktwirtschaft; Hans Weiss/Ernst Schmiederer; 341 S.

Geheimnisse der Unternehmenssteuern; Lorenz Jarass/Gustav M. Obermair; 180 S.

Beide Bücher sind beim J5A-Versand (www.j5a.net) zu bestellen.

Postfach 15 04 61
40068 Düsseldorf
Fon: 0211 - 26 11 210
Fax: 0211 - 26 11 220
Email: bestellung@j5a.net

Nährstoffpräparate fördern einseitige Ernährung

Atkins-Diät macht BAYER satt

Aus den USA schwappt die Modewelle der „Atkins-Diät“ nach Deutschland. Obwohl ErnährungswissenschaftlerInnen dringend vor der einseitigen Aufnahme von Fett und Eiweiß warnen, wirft die Pharma-Industrie eigens konzipierte Nahrungsergänzungsmittel für Atkins-Jünger auf den Markt. BAYER hat in einem Jahr mehr als 30 Millionen Dollar mit umstrittenen Vitamin-Präparaten umgesetzt.

Von Philipp Mimkes



Hungerkuren für satte Profite

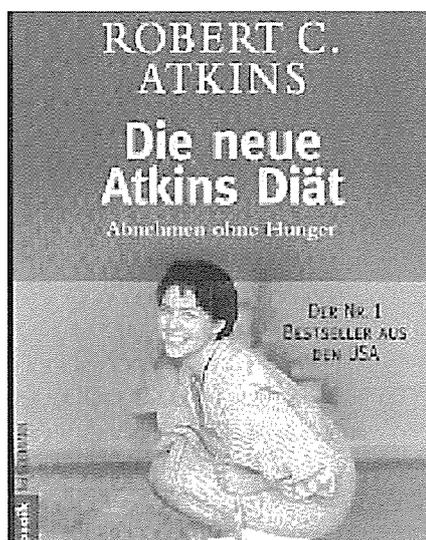
Rund 40 Millionen AmerikanerInnen befolgen die sogenannte „Atkins-Diät“, die den Verzehr von Fleisch, Käse, Eiern und fetthaltigen Nahrungsmitteln uneingeschränkt erlaubt, die Aufnahme von Kohlenhydraten aus Brot, Reis, Kartoffeln

und Nudeln hingegen stark einschränkt. Selbst Obst und Gemüse sollen laut Atkins nur in geringen Mengen gegessen werden. Der im letzten Jahr gestorbene Dr. Robert Atkins propagierte seine Ernährungs-revolution schon seit den

60er Jahren, aber erst seit zwei Jahren hat sich seine Idee breit durchgesetzt. Atkins' Ratgeber rangieren in den USA auf den Bestseller-Listen ganz vorne.

Weil wegen der einseitigen Ernährung Vitamin- und Mineralstoff-Defizite drohen, soll die Diät mit der Einnahme von Nährstoff-Präparaten begleitet werden. Rund fünf Millionen AmerikanerInnen nehmen daher regelmäßig Vitamin- und Mineralien-Pillen zu sich - ein riesiger Markt für die Pharma- und Ernährungsindustrie. AnalystInnen schätzen den Umsatz der von von Atkins gegründeten Firma ATKINS NUTRITIONALS, die Vitamin-Kapseln, Kohlenhydrat-reduzierte Nahrungsmittel und Nährstoff-Drinks anbietet, auf 200 Millionen Dollar jährlich. Selbst MCDONALDS, KENTUCKY FRIED CHICKEN, die Brauerei ANHEUSER-BUSCH und der Ketchup-Hersteller HEINZ sind mit kohlenhydrat-armen Angeboten auf dem Markt. Auch in Europa steigen die Verkaufszahlen des Atkins-Ratgebers, besonders in England. In den Medien tauchen erste „Wundermeldungen“ über den Erfolg der Diät auf. Die Stiftung Waren-test hingegen urteilte nach einem Vergleich von 80 Diäten: „Lassen Sie die Finger von Atkins“.

ErnährungswissenschaftlerInnen waren ebenfalls vor der Atkins-Diät. Die eiweiß-reiche Nahrung belastet ihrer Ansicht nach die Nieren, und selbst bei Zuführung von Nahrungsergänzungsmitteln drohen Mangelerscheinungen. Zudem ist die Aufnahme von Ballaststoffen im Rahmen der Diät zu niedrig, was zu Verdauungsproblemen führt. Professor Klaus Eder aus Halle befürchtet, dass die einseitige Aufnahme von Fett bei längerer Anwendung erhebliche Gefahren birgt - vor allem für Herzkreislauf-PatientInnen, Schwangere und ältere Menschen.



Auch ein Team dänischer ErnährungsexpertInnen äußerte Zweifel an der Diät. In der medizinischen Fachzeitschrift *Lancet* vermuten sie, die Gewichtsreduzierung halte nur kurz an und komme überwiegend durch Wasser-Verlust zustande. Prof. Arne Astrup von der Universität Kopenhagen warnt, dass bei Befolgung der Diät die Kohlenhydrat-Aufnahme unter dem Minimum liegt, das der Körper zur Zucker-Versorgung von Gehirn und Muskeln benötigt.

Trotz der einhelligen Kritik von ErnährungswissenschaftlerInnen an der Atkins-Diät versucht BAYER, von der Mode-Welle zu profitieren

Personen, die sich der Atkins-Diät unterzogen, litten deshalb häufiger an Muskelkrämpfen, Durchfall, generellen Schwächeanfällen und Hautausschlägen als Personen unter einer fettarmen Diät. Die begrenzte Aufnahme von Getreide, Früchten und Gemüse könne zudem das Risiko für Krebs und Herz/Kreislauf-Erkrankungen erhöhen.

Trotz der einhelligen Kritik von ErnährungswissenschaftlerInnen versucht die Pharma-Industrie, von der Mode-Welle zu profitieren. Der Leverkusener BAYER-Konzern brachte im April den Vitamin-Cocktail ONE-A-DAY CARBSMART auf den Markt und machte hiermit in den USA bereits 3 Millionen Dollar Umsatz. Die Firma WYETH konterte einen Monat später mit CENTRUM CARB ASSIST und erlöste knapp 2 Millionen Dollar. BAYER's Abnehm-Pille ONE-A-DAY WEIGHTSMART, die bei allen Diäten eingesetzt werden soll, brachte es sogar auf 32 Mio. Dollar im Jahr. Der Gesetzgeber, besonders in den USA, schaut weg: Die Wirksamkeit der mittlerweile mehreren hundert Nahrungsadditive wird nicht kontrolliert.

Im August hat BAYER von der Firma ROCHE mehrere nicht-verschreibungspflichtige Medikamente übernommen, hierzu gehören weitere Vitamin-Präparate. Jan Pehrke sagte dazu in der Presse-Erklärung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: „Natürlich wissen die Verantwortlichen bei BAYER, dass die Atkins-Diät gesundheitsschädlich ist und dass Vitamin-Präparate niemals eine ausgewogene Ernährung ersetzen können. Doch der Pharma-Industrie ist die Gesundheit der Betroffenen herzlich egal, solange die Umsätze stimmen“. Die CBG fordert eine Verschreibungspflicht sowie strenge Kontrollen aller Nahrungs-ergänzungsmittel.



Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
22. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Ab-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mirnkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Reiktke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Uwe Kölsch

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe
(0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1999

(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €

1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Kanada: Ministerium verwarnt BAYER

„Unternehmen halten sich nicht an Gesetze“

Legal, illegal, scheißegal: In Kanada verstößt BAYER gleich reihenweise gegen Umweltgesetze.

Von Udo Hörster



Umweltministerin Leona Dombrowsky

In den vergangenen zwölf Monaten war der durch Sarnia fließende St. Clair River dreimal mit giftigen Chemikalien verunreinigt worden. Umliegende Gemeinden mussten die Wasser-Entnahme aus dem Fluss unterbrechen und die Wasserversorgung vorübergehend einstellen. Das Umweltministerium der kanadischen Provinz Ontario hat daraufhin intensive Kontrollen angeordnet. Sie förderten in zwölf Chemie-Werken Verstöße gegen die Umwelt-Gesetzgebung des Landes zu Tage. Vier der bemängelten Anlagen gehören zum BAYER-Konzern.

Umweltministerin Leona Dombrowsky übt scharfe Kritik am Verhalten der Chemie-Industrie: „Einige dieser Unternehmen halten sich nicht an die Gesetze. Wir werden jedoch unmissverständlich klarmachen, dass wir keine Verschmutzung unserer Gewässer dulden. Es handelt sich

um ein sehr ernst zu nehmendes Verfahren.“ Den BAYER-Werken am Standort Sarnia waren mehrere Verstöße nachgewiesen worden, darunter Falsch-Deklaration von Giftmüll, das Betreiben risikoreicher Anlagen ohne Zulassung und ungenehmigter Umbau einer Abwasser-Anlage.

Das Ministerium verfügt über ein Team von SpezialistInnen, das eigens zur Überwachung der Umwelt-Gesetze eingerichtet wurde und das bereits 3.000 Kontrollen potentiell gefährlicher Anlagen durchgeführt hat. Im „Chemie-Gürtel“ von Sarnia überprüfte es seit Februar diesen Jahres 32 Fabriken. Ministerin Dombro-

wsky verpflichtete die Betreiber im Anschluss daran zu einer Reihe von Maßnahmen.

Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sagte dazu in einer Presse-Erklärung: „Es nötigt Respekt ab, wie die kanadische Regierung die Einhaltung ihrer Umweltgesetzgebung durchsetzt. In Deutschland ist eine solch gründliche Untersuchung von Industrieanlagen undenkbar - weder der politische Wille noch das hierfür notwendige Personal wäre vorhanden.“ Mimkes kritisiert jedoch, dass gegen die verantwortlichen Unternehmen keine Strafen verhängt wurden.

Leverkusener Neonazi-Aufmarsch hat Nachspiel

CBG verklagt Neonazis

(jp) Nicht nur wegen der IG-FARBEN-Vergangenheit von BAYER begreift die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ihre Arbeit auch als antifaschistisch. Für den CBGler Axel Köhler-Schnura war der am Jahrestag der Reichsprogromnacht in Leverkusen angekündigte Neonazi-Aufmarsch deshalb eine „Provokation, gerade auch weil Leverkusen im Dritten Reich Sitz des IG-FARBEN-Konzerns war“. Darum beteiligte sich die COORDINATION am 9.11.04 an der Gegendemonstration.

Mit Bedacht hatten die RechtsextremistInnen sich den Gedenktag der Reichsprogromnacht als Datum ausgesucht. Mit dem Skandieren von Sätzen wie „Die schönsten Nächte sind aus Kristall“ verhöhnten sie die Opfer des Nazi-Terrors. Die CBG sah damit den Tatbestand der

Billigung von Straftaten und der Störung des öffentlichen Friedens erfüllt und verklagte die AnmelderInnen der Neonazi-Demonstration. In der Strafanzeige heißt es: „Im Zusammenhang mit der Reichsprogromnacht von 1938 und dem Motto der rechtsradikalen Versammlung 'Gegen einseitige Vergangenheitbewältigung' ist ganz eindeutig, dass mit dem Sprech-Chor die früher als 'Reichskristallnacht' verharmlosend titulierten Progrome (...) gemeint sind. Wer also ruft 'Die schönsten Nächte sind aus Kristall', bringt seine Billigung mit den am 9.11.1938 stattgefunden habenden Straftaten zum Ausdruck“.

Erste Stellungnahmen der Polizei lassen allerdings nicht auf einen Erfolg hoffen. „Die Sprüche müssen im Zusammenhang betrachtet werden“, erläuterte ein

Kölner Ermittler der NRW-taz und führte aus, der „Äußerungscharakter“ sei von mehreren Faktoren, etwa dem Umfeld, in dem sie geäußert wurden, abhängig. Zu was für Differenzierungsleistungen die Behörden in Sachen „Neofaschismus“ doch fähig sind!

Axel Köhler-Schnura, Sprecher von CGB, der seit 25 Jahren die Geschäftspolitik des Leverkusener

Chemiekonzerns Bayer beleuchtet, nannte den Naziaufmarsch am Jahrestag der Pogromnacht eine

„Provokation, gerade auch weil Leverkusen im Dritten Reich Sitz des IG-Farben-Konzerns war. Die IG

Farben hat hunderttausende Zwangsarbeiter ausgebeutet und Zyklon-B für die Gaskammern geliefert.“

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne.

Wir treten ein für Umweltschutz, soziale Sicherung und Menschenrechte. Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns.

Ihre Hilfe ist erforderlich

Kritische BAYER-AktionärInnen • Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 1504 18, 40081 Düsseldorf • Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____ Alter : _____

Adresse : _____

Telefon : _____ Fax : _____

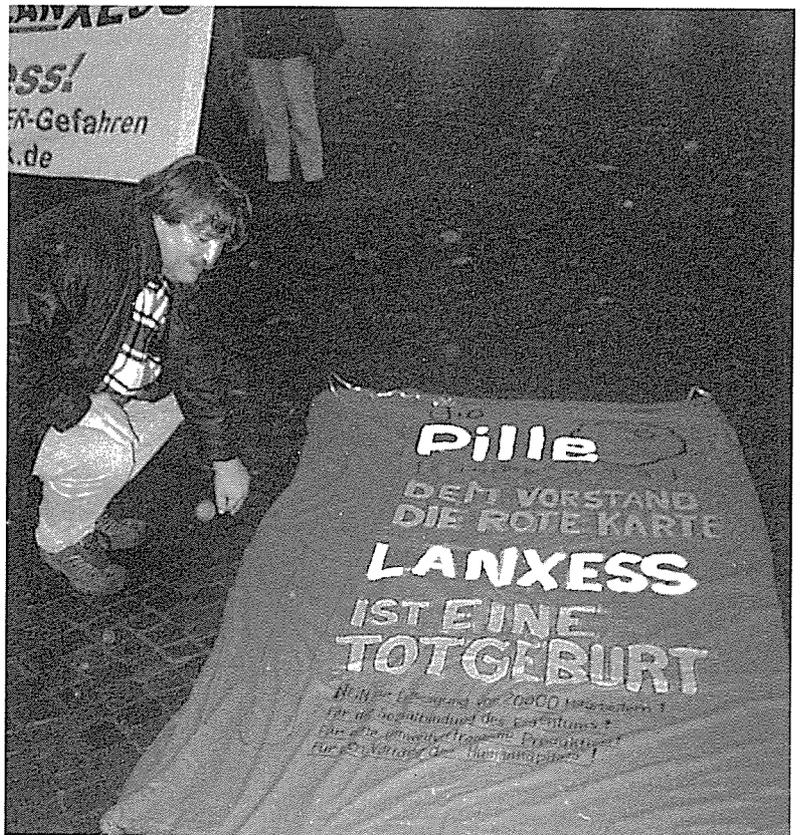


KritikerInnen protestieren mit Erfolg

Motiv: Profit

Bei der außerordentlichen BAYER-Hauptversammlung in Essen wurde wieder einmal deutlich, dass Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptanteilseigner des Konzerns ihre ethisch-moralischen und ökologischen Verpflichtungen ignorieren. Dies haben KritikerInnen der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) wirkungsvoll demonstriert und dafür viel Applaus erhalten.

Von Alexandra Sikora und Karl Henning



Dunkelheit und Regen bestimmen das Bild vor dem Eingang der Essener Gruga-Halle.

Wachdienste, Polizei und scharfe Hunde stechen aus dem Grau in Grau heraus und unterstreichen die bedrückende Stimmung. Im Takt der U-Bahnen treffen die ca. 4.500 AktionärInnen ein. Ein strahlend weiß leuchtendes Banner mit BAYER-Logo weist den Weg zur außerordentlichen Hauptversammlung. Vor der Halle steht ein riesiges Zelt, das eigens

aufgebaut wurde, um den aufwändigen Sicherheitscheck unterbringen zu können. Wer zu BAYER will, wird streng kontrolliert, TeilnehmerInnen der Protest-Aktionen erst recht.

Kein Wunder, dass die CBG-AktivistInnen, nach ihrer Ankunft von der reichlich anwesenden Polizei empfangen, argwöhnisch beäugt und samt Transparent auf einen Platz weit vom Eingang entfernt verwiesen wurden. Das Banner mit der

Aufschrift „Bayer & LanXess = ProfitExzess“ wurde dennoch beachtet, ebenso die leicht regennassen Flugblätter, die massenhaft an die größtenteils betagten AktionärInnen verteilt wurden. „Butterfahrt der kleinen Leute“ titelte einst der „Stern“ ob des Andranges von ehemaligen Malochern.

Im Kontrast zum düsteren Wetter leuchtete der Innenbereich hell weiß - BAYER wollte eine saubere Weste vorzei-

gen. Der Versammlungsraum dagegen schien eher dunkel, war aber zum Podest der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder hin, darauf nur Männer, hell beleuchtet. Im Hintergrund drei Stellwände, auf der mittleren ein Propagandafoto mit einem kleinen asiatischen Mädchen, das sich vor Bildern mit Produkten des Unternehmens räkelte. Seitlich blau-graue Massive mit je einem BAYER-Logo in der Mitte, die an Eisblöcke erinnerten. Davor die Pulte für die RednerInnen.

Trotz oder gerade wegen der kalten Atmosphäre erinnerte das Ganze ein wenig an ein Parlament und sollte wohl so etwas wie ein Gefühl von Demokratie vermitteln. Doch Dialog mit den AnteilseignerInnen, zumal den kritischen, ist bei BAYER nicht drin. Schon in der Vergangenheit wurden die RednerInnen der Koordination immer wieder mit Missachtung, Diskriminierung oder sogar Rauswurf bedacht. Diesmal ging Vorstandschef Werner Wennig erstmalig gar so weit, den Gegenantrag der CBG in seiner Rede nicht einmal mehr abzukanzeln, was Axel Köhler-Schnura, der seit 25 Jahren den Chemie-Riesen mit harscher Kritik überzieht, dem BAYER-Führer auch prompt ankreidete in seiner Rede (siehe Seiten 26f).

Zudem geißelte der studierte Diplom-Kaufmann die Abspaltung von Geschäftsbereichen in die neue Firma LANXESS als „legalen Bilanzbetrug“, mit dem bis zu 20.000 Arbeitsplätze vernichtet und der Profit gesteigert werde. Folgerichtig warf das Vorstandsmitglied der CBG den

In der LANXESS-Belegschaft wird das, was hier läuft, so auf den Punkt gebracht: „verraten und verkauft“ - das ist der bittere Kommentar aus den Werken

AktionärInnen vor, dass sie sich an der „Abspaltung“ bereichern. Je nach Kurs der neuen LanXess-Aktie stopfen sich die KapitaleignerInnen bis zu 2,5 Milliarden in die Taschen. 95 % gehen an einige wenige Großaktionäre.

Andrea Will prangerte ebenfalls die verheerenden Folgen der Abspaltung für die Beschäftigten an. Als sie sich zu Beginn ihrer Rede als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vorstellte, ging ein Raunen durch den Saal. Später wurden ihre Ausführungen über Profitmaximierung und Alternativen dazu wiederholt beklatscht. Andrea Will warf

dem Vorstand vor, die Arbeitsplätze vorwiegend und ausschließlich aus Profitgründen der Vernichtung preiszugeben. Der Beifall für die kritischen RednerInnen machte deutlich, dass die Mehrheit der anwesenden KleinaktionärInnen den rücksichtslosen Profit-Kurs der GroßaktionärInnen und des Managements nicht tragen. Bei den Abstimmungen war es denn auch nicht mehr verwunderlich, dass schätzungsweise 2 bis 3.000 KleinaktionärInnen mit mehr als 2 Mio. Stimmen gegen die Abspaltung stimmten oder sich enthielten. Was allerdings nichts daran änderte, dass LanXess mit der geballten Macht des Großkapitals aus der Taufe gehoben wurde: 311 Millionen Aktien stimmten für den Vorschlag des Vorstands zur Bereicherung auf Kosten der Belegschaften. Da der Konzern die Enthaltungen einfach unter den Tisch fallen lässt, werden daraus 99,66 Prozent.

Zum Ende der Hauptversammlung am späten Nachmittag wurde sogar der Himmel wieder hell. Die aufsässigen CBGler, die - symbolisch - nur eine einzige Aktie besitzen und viele zigtausend übertragen bekamen, hatten Licht in die dunklen Machenschaften des einzig auf Profit ausgerichteten BAYER-Konzerns gebracht.

KGV-Rundbrief

kompetent und informativ

Die Zeitschrift der Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren

mit Informationen über

- Immissionsschutz,
- Abfallwirtschaft,
 - Genehmigungsverfahren,
 - Anlagensicherheit und
 - Bürgerrechte im Umweltschutz

Kostenloses Probeexemplar:
 Öko-Institut e.V.
 kgv@oeko.de oder
 www.oeko.de/kgwweben

HV-Rede Axel Köhler-Schnuras zur LANXESS-Abspaltung

„Verraten und verkauft“

Stichwort BAYER dokumentiert die Rede, die der CBGLer Axel Köhler-Schnura auf der außerordentlichen Hauptversammlung zur LANXESS Abspaltung gehalten hat.



Mein Name ist Axel Köhler-Schnura. Ich bin Mitglied des Vorstands des internationalen Selbsthilfe-Netzwerks der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Regelmäßigen BesucherInnen von BAYER-Hauptversammlungen bin ich ja bekannt.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir Jahr für Jahr miterleben müssen, wie abwertend der Vorstand mit kritischen Gegen-Anträgen umgeht, ist es doch eine Missachtung der Aktionärsdemokratie, wenn der Vorstand - wie heute geschehen - auf der Hauptversammlung die AktionärInnen nicht über den vorliegenden Gegen-Antrag informiert und dazu keine Stellungnahme abgibt.

Herr Wenning, Sie werden sicherlich unseren Gegenantrag in gleicher Weise unsachlich und realitätswidrig abqualifizieren wie in den Vorjahren, aber ich bitte Sie doch, die Grundregeln des Umgangs mit AktionärInnen einzuhalten. Und an dieser Stelle noch ein Wort an meinen Vorredner, Herrn Buhlmann: So spaßig Ihre Bemerkung zu unserem Gegen-Antrag

war, so falsch war sie auch. Selbstverständlich haben wir Argumente - und zwar gute - für die Ablehnung der Abspaltung, und sie wurden von uns in der Begründung des Gegen-Antrags auch mitgeteilt und entsprechend veröffentlicht. Dass unsere Argumente aber von Ihnen nicht wahr- und ernstgenommen werden, hängt einfach damit zusammen: Sie passen nicht in ihr einzig am Profit ausgerichtetes Wertgefüge. Meine Damen und Herren, Sie alle kennen den ehemaligen Bundesminister und Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler. Im Vorfeld dieser Hauptversammlung erreichte uns ein Beitrag von ihm. Gerade weil das Management immer versucht, meine Redebeiträge mit Hinweis auf meine Mitgliedschaft in der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vom Tisch zu wischen, ist es mir eine besondere Freude, Ihnen jetzt das Statement von Dr. Geißler zur Kenntnis bringen zu dürfen. Und ich schreibe diesen Beitrag nachdrücklich allen ins Stammbuch, die vorhin bei Vorstand und Befürwortern der

Abspaltung so zustimmungsfreudig applaudiert haben. Also hier der kurze Beitrag von Dr. Heiner Geißler:

„Unter Berufung auf angeblich Gesetze des Marktes reden die ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort. 100 Millionen von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen in Europa und den USA und 3 Milliarden Arme, die zusammen ein geringeres Einkommen haben als die 400 reichsten Familien der Erde, klagen an: die Adepten einer Shareholder-Value-Ökonomie, die keine Werte kennt jenseits von Angebot und Nachfrage, Spekulanten begünstigt und langfristige Investoren behindert. ...

Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globali-

sierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist - ohne Regeln, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze „private Sektor“ unreguliert agieren können.

Wo bleibt der Aufschrei ... gegen ein Wirtschaftssystem, in dem große Konzerne gesunde kleinere Firmen mit Inventar und Menschen aufkaufen, als wären es Sklaven-Schiffe aus dem 18. Jahrhundert, sie dann zum Zwecke der Marktberingung oder zur Steigerung der Kapitalrendite und des Börsenwertes dicht machen und damit die wirtschaftliche Existenz von Tausenden mitsamt ihren Familien vernichten? Den Menschen zeigt sich die hässliche Fratze eines unsittlichen und auch ökonomisch falschen Kapitalismus, wenn der Börsen-Wert und die Manager-Gehälter - an den Aktienkurs gekoppelt - umso höher steigen, je mehr Menschen wegrationalisiert werden. ...“

Soweit das Statement des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Dr. Geißler. Meine Damen und Herren, ich kann diesem Statement persönlich beim besten Willen nichts mehr hinzufügen - es trifft einfach zu. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen - es war ja nun sogar schon in der BILD-Zeitung zu lesen - BAYER überträgt auf LANXESS Schulden in Milliardenhöhe. Das ist Coup, mit dem sich BAYER über die vom BAYER-Mann Heribert Zitzelsberger lancierte Steuergesetzgebung gnadenlos am Steuersäckel bereichert. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes asozial.

Zugleich bedeutet diese Schuldenlast knallharte Erpressung der Beschäftigten. Diese werden damit dauerhaft genötigt, Kosten-Einsparungen durch Mehrarbeit und Lohnverzicht, aber auch durch Verlust ihres Arbeitsplatzes, zu leisten. Trotz aller schöner Worte droht Tausenden Beschäftigten der Abstieg in prekäre Arbeitsverhältnisse und in die Arbeitslosigkeit. LANXESS-Vorstandsmitglied Ulrich Koemm hat bereits Schließungen von Betriebsteilen und Verkäufe angekündigt. Und da die Arbeit in der Regel nicht wegfällt, steigt der hohe Arbeitsdruck auf die Belegschaft weiter an. Neu eingestellte MitarbeiterInnen werden tariflich schlechter gestellt.

Auch die Möglichkeit der Belegschaft, auf den Kurs des Unternehmens Einfluss auszuüben, ist langfristig gefährdet: Bei Aufspaltung in immer kleinere Einheiten fällt die tarifliche Mitbestimmung weg.

Meine Damen und Herren, in der LANXESS-Belegschaft wird das, was hier läuft, so auf den Punkt gebracht: „verraten und verkauft“ - das ist der bittere Kommentar aus den Werken. Das Gerede der Konzernleitung von Standort-Sicherung und Beschäftigungsgarantien erweist sich als fadenscheinig und verlogen.

Meine Damen und Herren, auch für den Umwelt- und Verbraucherschutz ist LANXESS eine neue Gefahr. LANXESS

BAYER überträgt auf LANXESS Schulden in Milliardenhöhe. Das ist Coup, mit dem sich BAYER über die vom BAYER-Mann Heribert Zitzelsberger lancierte Steuergesetzgebung gnadenlos am Steuersäckel bereichert

wird - da als Profit-Bringer einzig auf die harte, weltweit verfemte, die Existenz des Planeten gefährdende Chlor-Chemie als Produkt angewiesen - gegen jeden gesunden Menschenverstand all das weiter vermarkten, wogegen alle Welt Sturm läuft: Hormonaktive bzw. hochtoxische Produkte wie Weichmacher, Phosgen, Chlorbenzole, Isocyanate und Nitrotoluole.

Das umfangreiche Wortgeklingel im Abspaltungs- und Übernahme-Vertrag zu Haftungsfragen und Umweltschäden weist bereits darauf hin: Für Regierungen, Kommunen, Organisationen und Personen wird es künftig noch schwieriger, Ansprüche für entdeckte und unentdeckte Altlasten und Umwelt- und Gesundheitsschäden durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir alle hier im Saal werden heute, wenn der Vorschlag des Vorstands zur Abspaltung nicht abgelehnt wird, Zeugen, wie das so funktioniert, was der Stern in der Millionen-Auflage seiner Ausgabe vom 24.10.2004 den „Putsch von ganz oben nennt“: Bei der Abspaltung von LANXESS geht es um eine groß angelegte Umverteilung von unten nach oben. Mehr als 73 Millionen Aktien sollen hier heute verschenkt werden. 95 Prozent dieser Aktien wird sich eine kleine Elite von institutionellen und anderen GroßaktionärInnen aneignen. Aber auch die Masse der Klein- und KleinstaktionärInnen wird mit je einer Neu-Aktie auf 10 Altaktien bedacht. Je nach Kurswert-Entwicklung geht es hier um einen Betrag von schätzungsweise immerhin ca. 300 Millionen bis ca. 1 Milliarde Euro, der ohne jede Gegenlei-

stung der AktionärInnen deren Vermögen steigert.

Meine Damen und Herren, dieser Umbau geht nicht nur voll zum Nachteil der Belegschaften, er geht auch auf Kosten des Sozialstaates und der arbeitenden Menschen im Land insgesamt.

Meine Damen und Herren, Sie hier im Saal sind überwiegend KleinaktionärInnen und Kleinaktionäre. Sie sind vielfach einfache Belegschaftsangehörige oder ehemalige Betriebsbeschäftigte.

Doch den Ton hier geben die GroßaktionärInnen und Banken mit ihrem Depot-Stimmrecht an. Und diese GroßaktionärInnen und Banken bzw. Investment-Gesellschaften haben im Gegensatz zu den Beschäftigten und den KleinaktionärInnen kein ethisches, kein soziales und auch kein ökologisches Gewissen.

Aber Sie, meine Damen und Herren KleinaktionärInnen, Sie, die Sie als Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen wissen, wie es an den Arbeitsplätzen und hinsichtlich der Familien-Budgets aussieht, Sie haben ein soziales und ökologisches Gewissen. Sie wissen noch, wie Moral und Ethik buchstabiert werden.

Deshalb fordere ich Sie auf, zeigen Sie den GroßaktionärInnen, Vorständen und AufsichtsrätInnen, was Sie von ihnen halten. Auf jeder Hauptversammlung stimmen mehrere Tausend KleinaktionärInnen mit uns. Trotz dieser Zahlen ergibt dies aufgrund der Besitz-Verhältnisse der GroßaktionärInnen trotzdem rein mathematisch keinerlei Mehrheiten. Stimmen Sie aber bitte trotzdem - oder gerade deshalb - mit NEIN. Setzen Sie mit Ihren Aktoien ein Zeichen für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte. Gegen Profitgier und Menschenverachtung. Entsprechend unser Gegenantrag: Stimmen Sie dem Abspaltungsvertrag nicht zu.

Meine Damen und Herren, ich stehe hier beauftragt von Hunderten von Kleinaktionären und KleinaktionärInnen mit Gewissen, die bereits im Vorfeld dieser Hauptversammlung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN und dem DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRE UND AKTIONÄRINNEN ihre Aktien übertragen haben. Tun Sie Ihre Aktien dazu, stärken Sie das Signal für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

Sollten Sie die Hauptversammlung vorzeitig verlassen, aber dennoch mit uns stimmen wollen, so lassen Sie sich von uns vertreten. Vielen Dank.

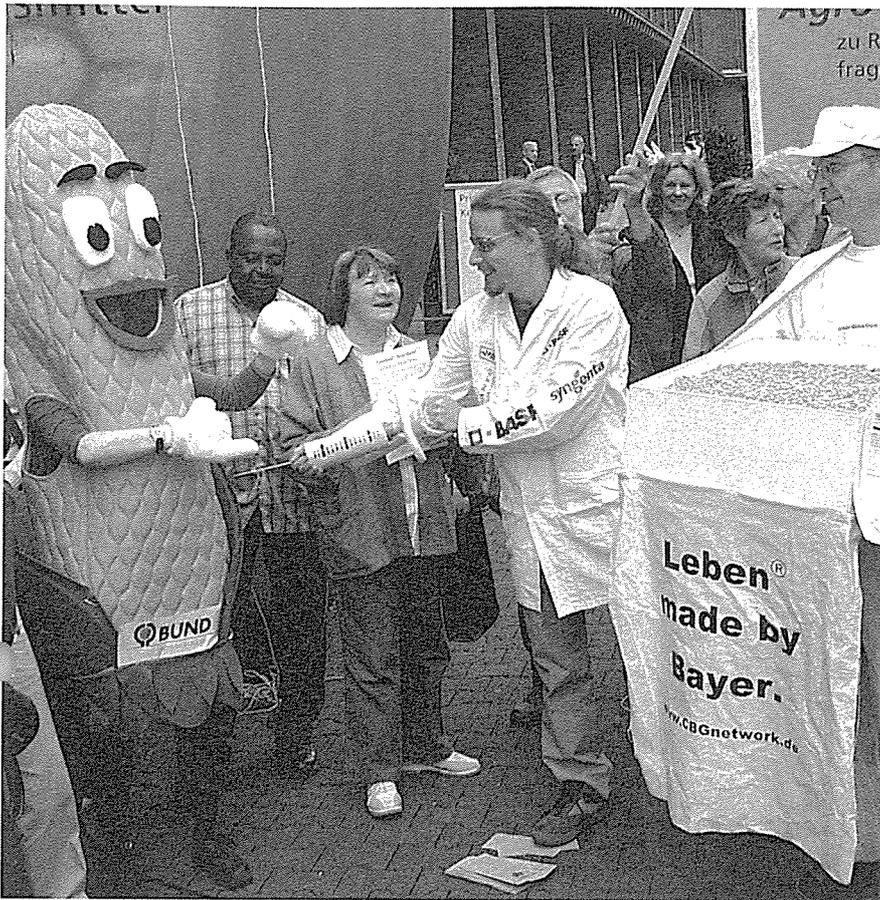
ABIC: BAYER & Co. in der Defensive

Protest gegen Gen-Kongress



Vom 12. bis zum 15. September luden BAYER & Co. zur ABIC (Agricultural Biotechnology International Conference) nach Köln. Zu dieser weltweit größten Biotech-Messe fanden sich als ungebetene Gäste allerdings auch ATTAC KÖLN, BIOSKOP, MISEREOR, der BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ (BUND), GREENPEACE und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ein.

Von Jan Pehrke



Mit großem finanziellen Aufwand schafften es BAYER und andere Biotech-Unternehmen in Tateinheit mit der Landesregierung, die weltgrößte Gentechnik-Messe nach Köln zu holen. So wollten Industrie und Politik ihr Ansinnen unterstreichen, Nordrhein-Westfalen zu einem der bedeutendsten Gentechnik-Standorte in ganz Europa zu machen. Diesem Bestreben steht bisher vor allem die Skepsis der VerbraucherInnen entgegen. Deshalb erhoffte sich Landeswirtschaftsminister Harald Schartau von der ABIC-Messe, sie möge „zu einem besseren Verständnis und größerer Akzeptanz der Agrar-Biotechnologie beitragen“, um den Laborfrüchten von BAYER & Co. „weltweit ein großes Markt-Potenzial zu erschließen“.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen der 560 WissenschaftlerInnen und ManagerInnen in Diensten von BAYER, MONSANTO, NESTLÉ und anderen Konzernen blieben jedoch aus. Wider besseren Wissens priesen sie die Gentechnik abermals als Mittel zur Lösung des Welt Ernährungsproblems an. „Dabei ist Hunger ein Verteilungsproblem - durch Monokulturen und teures Gentechnik-Saatgut werden die Probleme noch verschärft“, hieß es zu diesem Standard-Argument in der Presse-Erklärung der CBG. Das aber focht die Betonköpfe nicht an. „Wissen-

schaft hilft der Landwirtschaft“ stellten sie ein für alle Mal in ihrem „Manifest“ zur ABIC klar.

Wie diese „Hilfe“ in Indien konkret aussieht, berichtete Afsar Jafri von der Stiftung „Navdanya“ auf dem von MISE-REOR, der CBG und anderen initiierten Gegen-Kongress. MONSANTO brachte Baumwoll-FarmerInnen mit großzügigen Geschenken und Versprechungen dazu, teures Gentechnik-Saatgut zu kaufen. Sie erlebten eine große Missernte und blieben auf immensen Schuldenbergen sitzen. Viele der LandwirtInnen brachten sich aus Verzweiflung um. Auch der Sambianer Lovemore Simwanda von der „National Farmers Union“ wollte nicht auf technische Lösungen aus dem Norden oder gar Gentechnik-Carepakete bei Hungersnöten setzen. Er plädierte stattdessen dafür, in Infrastruktur-Maßnahmen zu investieren und den Menschen Zugang zu Land und Wasser zu verschaffen, um so ihre „Nahrungsmittel-Souveränität“ zu gewährleisten.

Mit ähnlichen Argumenten hatte die bekannte indische Gentechnik-Gegnerin Vandana Shiva im Vorfeld der ABIC zu Protesten aufgerufen. BAYER & Co. mussten PR-technisch reagieren und machten plötzlich einen auf Dialog. Sie baten die TeilnehmerInnen der Gegen-Konferenz zu

einer Podiumsdiskussion. Sonstiges Publikum war nicht erwünscht, wenn es nicht 800 Euro Tagungsgebühr übrig hatte. Auch für die KritikerInnen herrschten erschwerte Zugangsbedingungen. Sie durften nur den Hintereingang benutzen und mussten sich einer Leibes-Visitation unterziehen. T-Shirts mit gen-kritischen Slogans fanden dabei nicht die Gnade der TürsteherInnen. Wer zu spät kam, weil er noch auf der Gegen-Veranstaltung war, den bestrafte die Security ebenfalls mit Nicht-Einlass. Und selbst die „Zugelassenen“ hatten sich an die festgelegte Dialog-Dramaturgie zu halten. Als die bekannte Soziologin Maria Mies nach der Podiumsrunde noch mit einem Gentechnik-Befürworter diskutieren wollte, warf sie der Sicherheitsdienst kurzerhand aus dem Saal hinaus. „Öffentlich unter sich“ überschrieb die Junge Welt ihren Artikel zu der Alibi-Veranstaltung treffend.

Bei der ABIC selber mussten dann alle Gen-GegnerInnen draußen bleiben. Deshalb versammelten sie sich zu Messe-Beginn vor den Eingangstoren. Ein buntes Völkchen kam da zusammen. Der BUND war samt eines acht Meter hohen Gemais-Kolbens angereist, die CBG bot mittels Bauchläden Gen-Mais frisch aus BAYERs Laboren feil, ein „mad scientist“ nahm ambulante Gen-Therapien vor und



Öko-LandwirtInnen, GREENPEACE-AnhängerInnen und andere machten ihrem Genfood-Unmut auf Transparenten oder Schildern Luft. Maria Mies brachte in ihrer Rede die Wut der AktivistInnen über die skrupellosen Vermarktungsstrategien von BAYER & Co. auf den Punkt: „Wir werden zu Zwangskonsumenten gemacht. Und die Bauern zu Zwangsproduzenten!“

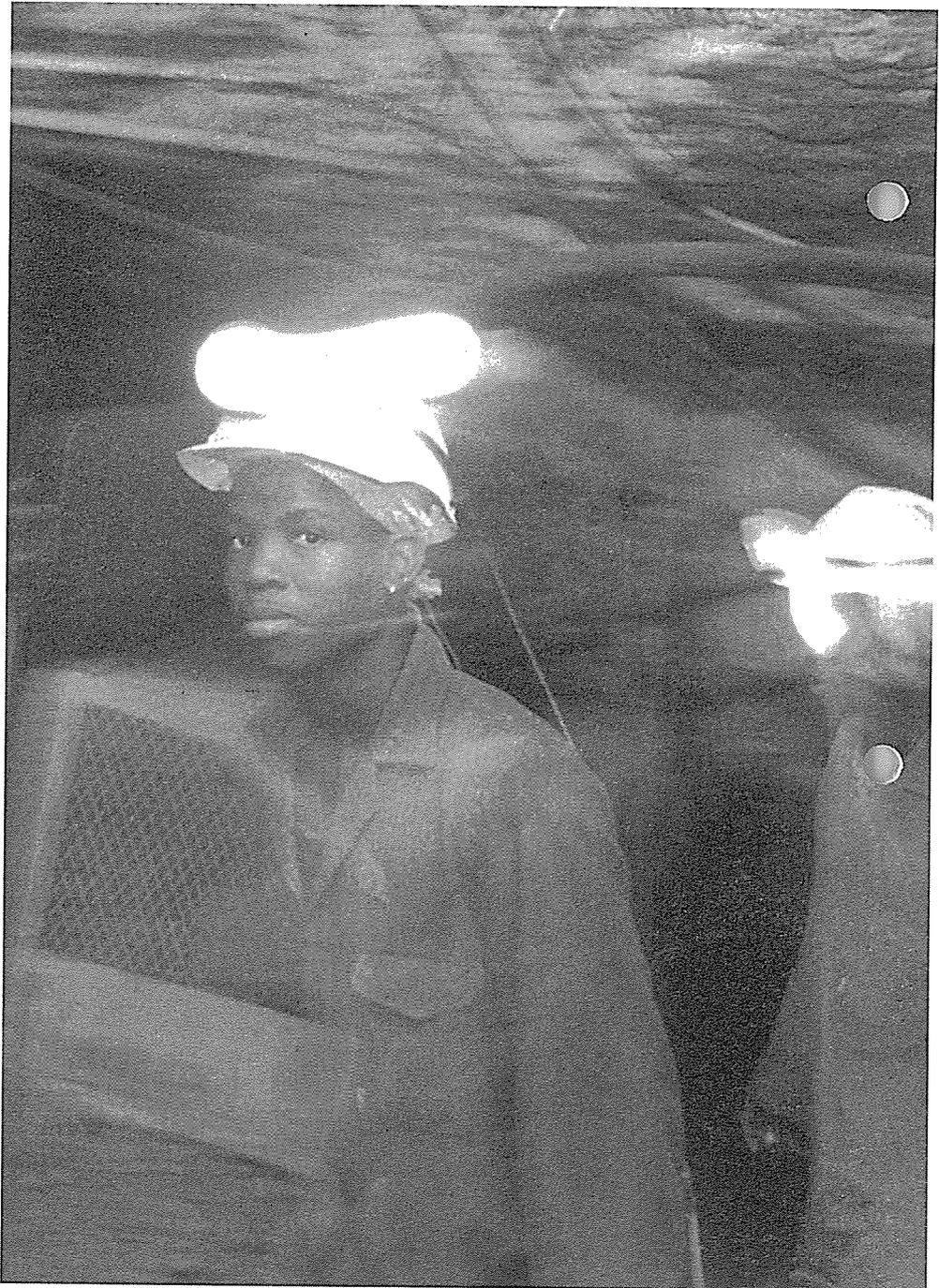
Die Proteste stießen auf ein gehöriges Medien-Echo, weshalb der Wunsch Schartaus nicht in Erfüllung ging: Die ABIC schaffte nicht mehr, sondern weniger Akzeptanz für die Biotechnologie.

Südafrika: Chrom im Grundwasser

Brunnenvergifter BAYER

*Wieder einmal macht BAYERs
Chrom-Fabrik im südafrikani-
schen Durban Schlagzeilen.
Rückstände des Werkes vergif-
ten das Grundwasser in der
ganzen Umgebung.*

Von Philipp Mimkes



Junge Arbeiter in BAYER's Chrom-Mine

Die Stadtverwaltung von Durban/Südafrika hat hochgefährliche Chromverbindungen im Grundwasser gefunden. Die Krebs erregenden Stoffe treten in der Umgebung des Chemie-Werks der Firma BAYER im Süden der Stadt auf. Den AnwohnerInnen wurde dringend angeraten, das Wasser aus angrenzenden Brunnen weder zum Kochen noch zum Trinken zu verwenden. Nach Angaben des Unternehmens geht die Kontamination auf „historische Verunreinigungen“ zurück - wie diese in den Untergrund gelangten, sei unklar. Umi Sankar, Leiter des Gesundheitsamts von Durban, empfahl allen Personen, die kontaminiertes Wasser getrunken haben, sofort eine/n MedizinerIn aufzusuchen. VertreterInnen lokaler Bürgerinitiativen zeigen sich besorgt, dass das vergiftete Grundwasser in schadhafte Trinkwasserleitungen eindringen könnte.

Axel Köhler-Schnura von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG): „Die Chrom-Fabrik in Durban war bereits für eine Vielzahl von Vergiftungsfällen verantwortlich. Wir fordern die Firma BAYER auf, das Gelände gründlich zu dekontaminieren und alle Vergiftungsopfer angemessen zu entschädigen“.



Der Leverkusener Chemie-Multi hatte die Durbaner Firma CHROME CHEMICALS 1968 übernommen und dort bis 1991 sogenanntes sechswertiges Chrom hergestellt. Wegen mangelhafter Sicherheits-Einrichtungen kam es in dem Betrieb seit den 70er Jahren zu einer großen Zahl von Vergiftungsfällen. Ein Drittel der Belegschaft erlitt bleibende Gesundheitsschäden, mindestens acht Arbeiter starben an Lungenkrebs, zwei weitere an Tuberkulose. Selbst die Apart-

heids-Regierung hatte 1976 in einem Bericht Sicherheitsmängel und Gesundheitsprobleme der Belegschaft moniert. Wörtlich hieß es in der Untersuchung: „Die Ergebnisse sind extrem beunruhigend und lassen mangelnde Fürsorge bezüglich des physischen Wohlergehens der Arbeiter erkennen“.

Nach Protesten südafrikanischer Gewerkschaften sowie der CBG schloss BAYER 1991 die Produktion von sechswertigem Chrom und entließ einen Großteil der Beschäftigten. Obwohl in Deutschland seit 1936 Lungenkrebs als Berufskrankheit von MitarbeiterInnen der Chrom-Verarbeitung anerkannt ist, verweigerte die Firma eine Entschädigung der betroffenen Arbeiter.

Der Konzern gehört zu den weltweit größten Chrom-Produzenten. Die Verarbeitung wurde vor einigen Jahren in Deutschland und Brasilien eingestellt und in Südafrika gebündelt. Im Nordwesten des Landes betreibt das Unternehmen eine eigene Chrom-Mine, zudem besitzt es einen 50-prozentigen Anteil an der Firma CHROME INTERNATIONAL SOUTH AFRICA, die Natriumdichromat und Chromsäure produziert.

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

unabhängig • feministisch • konsequent

Seit 22 Jahren bietet WIR FRAUEN 4 x jährlich auf 36 Seiten Informationen zur Politik und Gesellschaft im eigenen Land. Wir stellen Frauenprojekte vor und lassen sie selbst zu Wort kommen. Für uns geschrieben haben in den letzten Jahren u.a.: Irmtraut Morgner, Agnes Smedley, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Peggy Parnass, Christiane Barckhausen, Uta Ranke-Heinemann, Jutta Heinrich ...

Peggy Parnass:

„Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.“



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«

FORUM FÜR AUSSERPARLAMENTARISCHE FRAUENPOSITIONEN

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- Stadtplanung/Umweltschutz
- Heilslehren/Religionen
- Abenteurerinnen

WIR FRAUEN e.V. · Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
ROCHUSSTR. 43 · 40479 DÜSSELDORF
TEL 0211.491 20 78 · FAX 0211.492 13 01

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 13 €* zzgl. 2 € Porto
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Au weia, BAYER!**Schneider: Mehr Geld, weniger Mitbestimmung**

Niemand in der bundesdeutschen Wirtschaft hat so viele Aufsichtsratsposten ergattert wie der ehemalige BAYER-Chef Manfred Schneider. Neben seinen Jobs als Aufsichtsratsvorsitzender bei BAYER und LINDE hat er noch Sitze in den Kontroll-Gremien von ALLIANZ, DAIMLER CHRYSLER, METRO, RWE und TUI inne. Die taz zählt ihn deshalb zu den einflussreichsten Männern im bundesdeutschen Wirtschaftsleben. Und diesen Einfluss macht er jetzt geltend, um die Mitbestimmung zu demontieren. In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung trat er dafür ein, die Größe der Aufsichtsräte zu reduzieren und die Mandate der GewerkschaftsvertreterInnen auf unter 50 Prozent zu senken. Heutzutage würden angeblich nämlich „leicht Koalitionen gebildet, um Ziele zu erreichen, die nicht unbedingt mit den Interessen des Unternehmens im Sinne der Aktionäre übereinstimmen müssen“, meint Schneider. Dazu hat er noch die Chupze, für sich und seinesgleichen mehr Geld zu fordern. Als „nicht angemessen“ bezeichnete er das derzeitige Honorar von 50 - 60.000 Euro pro Mandat.



Geldanlage mit Erfolg und Wirkung



Im Interesse zukünftiger
Generationen.

UMWELT  FONDS



LEBEN STATT PROFIT



Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
40081 Düsseldorf

Ja,
ich will
Geld zielorientiert
anlegen:

Name

Straße

PLZ, Ort

Fon, Fax

E-Mail

Alter